# MITTEILUNGEN

Nr. 119

August 1987

Humanistische Union

B 20885 F

# Delegiertenkonferenz

# Ulrich Vultejus neuer Bundesvorsitzender

Die Humanistische Union hat auf der Delegiertenkonferenz am 9. und 10. Mai in Freiburg den Hildesheimer Richter und Fritz-Bauer-Preisträger, Ulrich Vultejus, zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt. Er tritt die Nachfolge von Prof. Jürgen Seifert an, der nicht mehr kandidierte.

Ulrich Vultejus ist durch seine Arbeit in der Fachgruppe Richter und Staatsanwälte in der ÖTV und durch seine justizkritischen Veröffentlichungen u. a. zum insgeheimen und illegalen Aufbau der Militärgerichtsbarkeit in der Bundesrepublik über die Fachkreise hinaus einer breiten Öffentlichkeit bekannt. Er gehört seit 1981 dem Bundesvorstand an.

In den Vorstand, der aus sieben Mitgliedern besteht, wurden wiedergewählt: Gunda Diercks, Udo Kauß, Elisabeth Kilali – inzwischen stellvertretende Vorsitzende – und Jürgen Roth. Neu in den Vorstand kamen
Prof. Edgar Baeger, Annekatrein Mendel und Dr. Till Müller-Heidelberg.
Die langjährigen Vorstandsmitglieder Anna Elmiger und Dr. Klaus Waterstradt – er gehörte dem Vorstand seit 1973 an – haben nicht mehr kandidiert. Der "alte" und der neue Vorsitzende dankten beiden für gute Zusammenarbeit im Vorstand, auch für fair ausgetragene Kontroversen
und wir verabschieden uns von ihnen darüber hinaus mit guten Wünschen für die Zukunft.

Am Vorabend der DK fand eine große Podiumsdiskussion statt: "Volkszählung – entbehrlich – nötig – oder eine Machtprobe zwischen Bürgern und Staat?" Auf dem Podium diskutierten vor überfülltem Saal Udo Kauß vom Bundesvorstand, der Hamburgische Datenschutzbeauftragte Claus Henning Schapper und Roland Appel von den GRÜ-NEN im Bundestag und Mitherausgeber des Buches "Vorsicht Volkszählung!".

Zu Beginn der DK zeigte Jürgen Seifert die geleistete Arbeit der letzten beiden Jahre auf, teils auch zurückblickend auf die vier Jahre seiner Amtszeit; aus seinem Bericht veröffentlichen wir im Anschluß die Abschnitte über den "Sicherheitsbereich" und die Volkszählung. Neben dem üblichen Rechenschaftsbericht hat Jürgen Seifert Gedanken zum "Widerstand gegen Politik der Ausgrenzung" vorgetragen, die auf S. 21

Lange, ausführliche und kontroverse Diskussionen haben die Delegierten über den § 218 geführt und über die Finanzlage der HU und ob der Mitgliedsbeitrag erhöht werden soll/muß.

Die Diskussion zum § 218 – sie drehte sich sehr lange um die Fristenregelung, um Fristenregelung mit Ausweitung, um ersatzlose Streichung – mündete schließlich in den Antrag "Die HU setzt sich für eine Streichung strafrechtlicher Sanktionen gegen den Abbruch von Schwangerschaften ein", der mit großer Mehrheit verabschiedet wurde. Konkrete Arbeiten können HU-Mitglieder leisten, indem Beratungsstellen wie "pro familia" und ähnliche Organisationen unterstützt werden, sich gegen das Beratungsgesetz zu wehren, Beratungsangebot für Aufklärung und Verhütung, ambulante Abbruchmöglichkeiten und Einrichtungen in jeder Stadt zu erhalten und neu zu schaffen und die Finanzierungen zu sichern. In einer HU-Kommission will man prüfen, wie rechtliche Regelungen zum Schwangerschaftsabbruch in anderen europäischen Ländern aussehen und inwieweit sie auf die Bundesrepublik übertragen werden können.

Die Erhöhung der Mitgliedsbeiträge, die nur von der DK beschlossen werden kann, wurde im Hinblick auf die dann vielleicht ausbleibenden Neubeitritte abgelehnt. Statt dessen will man die Mitglieder bitten, zu erklären, daß sie ihren Jahresbeltrag freiwillig erhöhen um die steigenden Kosten der HU damit aufzufangen. Diese Bitte sei hier zum erstenmal ausgesprochen!

Weiter hat die DK an Arbeitsschwerpunkte beschlossen: Verstärkte Auseinandersetzung mit dem Einfluß der Kirche auf Staat und Gesellschaft, Verhinderung der geplanten Überwachungsgesetze, Beschäftigung mit den Problemen im Zusammenhang mit der Krankheit AIDS.

# Klage der Humanistischen Union gegen das Land Niedersachsen

Die Humanistische Union hat am 12. Juli 1987 vor dem Verwaltungsgericht Hannover Klage gegen das Land Niedersachsen, vertreten durch den Niedersächsischen Minister des Innern, Wilfried Hasselmann, erhoben.

Mit der Klage will die HU festgestellt wissen, daß das Land Niedersachsen rechtswidrig gehandelt hat, als dessen Verfassungsschutz Volkszählungskritiker beobachtet, Informationen gesammelt und an Dritte weitergegeben hat. Diese Sammlung von Informationen wurde zu einem Geheimpapier mit dem Titel "Extremistische Agitation und Aktivitäten gegen die Volkszählung 1987", in dem Organisationen aufgelistet wurden, die sich kritisch zur Volkszählung geäußert haben, darunter GRÜNE, Bürgerinitiativen, DKP, Jungdemokraten, Republikanischer Anwaltsverein, Humanistische Union u. a.

Dazu sollte eine HU-Arbeitsgruppe gebildet werden, Interessenten melden sich bitte in der HU-Geschäftsstelle. Zum Abschluß der DK wurden die Regierungen im Bund und in den Ländern aufgefordert, die Volkszählung 87 wegen der großen Besorgnis in der Bevölkerung auszusetzen oder zumindest nicht mit staatlichen Zwangsmitteln durchzusetzen suchen; dies war am 10. Mai, zwei Wochen vor Beginn der Volkszählung!

Alle Beschlüsse der DK finden Sie mit Wortlaut auf S. 27 abgedruckt; das vollständige DK-Protokoll schicken wir Ihnen auf Wunsch gerne zu.

# Aus dem Rechenschaftsbericht von Jürgen Seifert

#### "Sicherheitsgesetze"

Auf die "Sicherheitsgesetze", die wir Überwachungsgesetze genannt haben, waren wir in besonderer Weise und besser als andere Organisationen vorbereitet. Das war zum einen durch den Arbeitskreis "Verfassungsschutz", den Gerhard Saborowski ins Leben gerufen hat und in Berlin durch unsere Freunde in der CILIP-Redaktion. Nach der Volkszählungsentscheidung des Bundesverfassungsgerichts von 1983 mußten die Gesetze kommen. Nach den ersten Meldungen über diese Gesetzentwürfe haben wir uns um diese Texte bemüht, jede Änderung genau registriert. In einem Offenen Brief an den FDP-Abgeordneten Hirsch, dem bei den Beratungen eine Schlüsselstellung zukam, haben wir interveniert. Auf einer rechtspolitischen Tagung der SPD in Hannover, fanden Claus Henning Schapper und ich die Möglichkeit, die Gefahren dieser Gesetze deutlich zu machen und auch innerhalb der SPD Aufmerksamkeit zu finden. Die Veröffentlichung der Vorentwürfe durch die CILIP-Redaktion geht auf unsere Unterstützung zurück. Wir haben dann - zusammen mit einer Zusammenfassung des Inhalts und der Probleme - eine erste Kritik vorgelegt, die dadurch besondere Resonanz fand, daß sie in wesentlichen Teilen im SPIEGEL und in vielen Alternativ-Zeitungen nachgedruckt worden ist.

Wir haben uns nicht damit begnügt. Zum frühestmöglichen Zeitpunkt haben wir Interessierte und Fachleute aus verschiedenen politischen Lagern zu einem Informationsgespräch in Hannover eingeladen. Daraus ist dann in einer zweiten Gesprächsrunde eine "Erklärung" geworden. Sie wurde von Experten, Repräsentanten von Bürgerrechtsorganisationen unterschrieben und von mir im April vergangenen Jahres in einer Pressekonferenz in Hannover vorgestellt. Ich bin der Auffassung, daß diese "Erklärung" zusammen mit einer Panoramasendung (die zufälligerweise am selben Tag gesendet wurde und die manche der von

uns dargelegten Konkretisierungen enthielt) wesentlich dazu beigetragen hat, daß die Koalition die Verabschiedung der weiteren sogenannten "Sicherheitsgesetze" vorerst vertagt hat.

Ebenso wichtig aber war die permanente Aufklärungsarbeit; gerade weil die Aufklärung über die Problematik der "Sicherheitsgesetze" so schwierig ist, haben wir uns auch um andere Formen der Vermittlung bemüht. Dazu diente das Preisausschreiben, durch das wir junge Künstler zur Darstellung des Überwachungsstaates motivieren wollten. Ein wichtiger Teil der Bilder wurde zusammen mit Texten zu den "Sicherheitsgesetzen" in einem Buch veröffentlicht.

Eine besondere Anforderung für mich war – nahezu aus dem Stand –, in einer Anhörung im Innenausschuß des Dt. Bundestages zur Schleppnetzfahndung Stellung zu nehmen und Bedenken vorzutragen, die dazu beitrugen, die Verabschiedung dieses nicht durchdachten Paragraphen zu verhindern.

# Personalausweis - Polizeigesetze

Wir haben unsere Aktivitäten gegen den maschinenlesbaren Personalausweis und gegen die Neufassung der Polizeigesetze im Zusammenhang mit den sog. Sicherheitsgesetzen gesehen.

Wir haben im Bundesvorstand mehrmals und ausführlich darüber diskutiert, wie die HU gegen den maschinenlesbaren Personalausweis und den maschinenlesbaren Paß vorgehen kann. In der Diskussion über die Volkszählung zeigt sich jetzt, daß vieles von dem, was wir zu den neuen maschinenlesbaren Identifikationspapieren und zu ZEVIS gesagt haben, gehört worden ist – auch wenn wir die Gesetze (ZEVIS wurde ja erst im Dezember 86 verabschiedet) nicht aufhalten konnten. Über den Vorentwurf der Innenministerkonferenz für ein einheitliches Polizeigesetz des Bundes und der Länder habe ich auf der letzten DK 1985 referiert. Für unsere Position zu den Polizeigesetzen war die Diskussion bei einem Seminar in der Ev. Akademie Hofgeismar sehr wichtig. Dabei ist nicht nur deutlich geworden, wie gering die Unterschiede zwischen Sozialdemokraten und Union in dieser Frage sind; ebensowichtig war es, daß deutlich geworden ist, aus welcher Geisteshaltung heraus diese Papiere entstanden sind.

#### Verfassungsschutz

Auch der Verfassungsschutz war in den vergangenen zwei Jahren Gegenstand unserer Arbeit. Die Neufassung des Verfassungsschutzgesetzes des Bundes ist bisher verhindert worden. Der Boden für unsere Kritik ist zwar in Teilen der Öffentlichkeit günstiger geworden, doch angesichts der gegenwärtigen parteipolitischen Machtverhältnisse müssen wir davon ausgehen, daß dieses Gesetz in absehbarer Zeit von der Union und der FDP verabschiedet wird. Eines der Mittel, einzuwirken, ist das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, die Frage der gesetzlichen Grundlage für Eingriffe in dieses Recht und die Frage des Auskunftsrechts.

# Volkszählung

In Sachen Volkszählung haben wir im Bundesvorstand lange geschwankt, in welcher Weise sich die HU in dieser Frage zu Wort melden soll. Ich habe die Euphorie mancher Freunde nicht teilen können. Für mich war diese Herausforderung von Anfang an eine Gratwanderung. Wir haben im Dezember 1986 erklärt, daß wir die Volkszählung für verfehlt halten und die Fraktionen des neuzuwählenden Bundestages aufgefordert, die Volkszählung auszusetzen.

Wir haben dann den Gedanken einer Massenpetition entwickelt, der die bloßen Gegner der Volkszählung bündelt mit den ("weichen" oder "harten") Boykotteuren. Wir konnten dafür das Komitee für Grundrechte und Demokratie gewinnen.

Beide Organisationen haben die "Erklärung" gemeinsam formuliert. Ich gebe zu, daß die "Erklärung" nicht nur als Petition an den Bundestag gedeutet werden kann (und als Unterstützung von Boykotteuren), sondern auch als Aufruf zum "Sich widersetzen" in der Form des Boykotts. Das hat zu Schwierigkeiten geführt, 5 Mitglieder, darunter auch Beiratsmitglieder, sind daraufhin aus der HU ausgetreten. Da sich auch andere Beiratsmitglieder zu Wort gemeldet haben, habe ich den Beitrag geschrieben "HU und die Volkszählung", der im Bundesvorstand diskutiert und in der FR und in den "Mitteilungen" veröffentlicht wurde. Von einigen Beiratsmitgliedern kam positive Antwort zu unserer Position. In einem langen Gespräch mit Herta Däubler-Gmelin habe ich eingeräumt, daß wir die sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten im Beirat in eine schwierige Situation gebracht haben und daß zuvor ein Gespräch sinnvoll gewesen wäre.

Ich bin froh, daß Herr Achim Möncke in den "Mitteilungen" eine Gegenposition dargelegt hat. Man kann ein guter Bürgerrechtler sein und
doch für die Volkszählung eintreten – weil man viel größere Gefahren für
die Demokratie in anderen Bereichen sieht. Ich halte es für wichtig, daß
die HU auch in einer solchen Frage nicht ausgrenzt, sondern offen
bleibt für verschiedene Positionen. Ausgrenzung ist ein Zeichen von
Schwäche, nicht von Stärke.

# Dank an Jürgen Seifert

Auf der Delegiertenkonferenz in Freiburg hat sich Jürgen Seifert nicht mehr zur Wahl gestellt. Ich bedaure dies, zumal er mit Gewißheit wiedergewählt worden wäre. Trotzdem wird man seinen Entschluß respektieren müssen, nachdem er über ein Jahrzehnt der Humanistischen Union im Bundesvorstand, zuletzt vier Jahre als deren Vorsitzender, treu gedient hat. Dies zehrt mehr an den Kräften, als es für Außenstehende erkennbar ist.

Jürgen Seifert war in vielerlei Beziehung ein idealer Vorsitzender, der es als Wissenschaftler verstand, seine Kenntnisse in politische Aktion um zusetzen und für die Bürgerrechte nutzbar zu machen. Jürgen Seifert – keiner politischen Partei zugehörig – hat die Humanistische Union von jeder parteipolitischen Verstrickung freigehalten und immer ihren überparteilichen Charakter betont. Er hat deutlich gemacht, daß zu uns jede Bürgerin und jeder Bürger gehört, die/der sich für die Bürgerrechte einzusetzen bereit ist.

Es ist nicht zuletzt sein Verdienst, daß die Humanistische Union im Meinungsspektrum eine Beachtung genießt, die zu der Zahl ihrer Mitglieder in umgekehrten Verhältnis steht; man wird keinen Verband mit dieser Mitgliederzahl kennen, dessen Erklärungen so beachtet werden, wie der unsrige. Dies ist nur in der Verbindung von Wissenschaftlichkeit, Seriosität und Engagement zu erreichen. Dessen war sich Jürgen Seifert stets bewußt und so steht er in einer ungebrochenen Linie mit seinen Vorgängern, zuletzt mit Ulrich Klug.

Seine Verdienste im einzelnen aufzuzählen, reicht der Platz nicht. Es soll nur gesagt werden, daß die rechtzeitige Warnung vor den Gefahren der sog. Sicherheitsgesetze und die berechtigten Bedenken gegen die Durchführung der Volkszählung sein Werk waren; nicht zu vergessen ist sein viel Arbeit erforderndes Engagement für die Zeitschrift "vorgänge".

So sind wir dankbar, daß sich Jürgen Seifert nicht auf ein "Altenteil" zurückzieht, sondern der Humanistischen Union in deren Beirat und bei
der Herausgabe der "vorgänge" verbunden bleibt. Ein Mann, wie Jürgen Seifert, wird weder rasten noch rosten. So sind wir sicher, daß er
uns auch weiterhin ratend und helfend zur Seite stehen wird; aus dieser
Pflicht entlassen wir ihn nicht!

Deshalb ist dies auch kein "Nachruf", sondern nur die Schilderung einer Veränderung des Agregatzustandes.

# ... und die ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder

Mit Jürgen Seifert scheiden auch Anna Elmiger und Klaus Waterstradt aus dem Bundesvorstand aus. Auch sie flaben sich nicht wieder zur Wahl gestellt, auch sie bleiben jedoch der Humanistischen Union weiterhin verbunden, Anna Elmiger als Landesvorsitzende in Berlin, Klaus Waterstradt als Leiter einer medizinischen Beratungsstelle unserer Organisation, deren Schwergewicht auf der Beratung nach § 218 liegt. Beide haben langjährige wichtige Beiträge im Bundesvorstand geleistet, die uns jetzt fehlen werden. Anna Elmiger war eine der Kunst zugetane Querdenkerin, die immer wieder das Abgleiten der Dabatten ins allzu Juristische/Akademische verhindert hat. Wie der medizinische Sachverstand von Klaus Waterstradt ersetzt werden soll, ist noch gar nicht zu sagen. So dürfen wir hoffen, daß auch sie uns ihren Rat nicht versagen werden, wenn wir seiner bedürfen.

Das Ausscheiden der bewährten Mitglieder aus dem Bundesvorstand muß für den jetzt Gewählten Ansporn sein, mit erneuerter Kraft zu versuchen, Tradition und frische Ideen miteinander zu verbinden. Möge es gelingen. Mögen uns unsere Mitglieder hierbei helfen!

Ulrich Vultejus

# "Es hat sich ausgejungfert"

So wurde in einer Rundfunkmeldung die einzige katholische Theologin in der BRD zitiert, nachdem ihr von der katholischen Kirche die Lehrbefugnis entzogen wurde. Frau Ranke-Heinemann, die an der Universität-Gesamthochschule Essen katholische Theologie lehrt, hatte sich bekanntlich diese Maßregelung zugezogen, nachdem sie die "jungfräuliche Empfängnis Marias" in einer WDR-Rundfunksendung als "zeitbedingtes Vorstellungsmodell" bezeichnet hatte, das "sexualneurotische Züge" trage. Die Humanistische Union hat in Schreiben an den katholischen Bischof Hengsbach (Essen) und an die Ministerin für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen – Frau Anke Brunn – appelliert, die Freiheit der Wissenschaft zu garantieren, und gefordert, daß bei einem Entzug der Lehrerlaubnis für die Essener Theologin das entsprechende Konkordat aufgekündigt werden sollte.

Nun ist dieser aktuelle Fall lediglich ein weiterer Fall in einer ganzen Reihe entsprechend gelagerter Vorkommnisse, die stets nach demselben Schema ablaufen: einem mißliebig gewordenen Theologieprofessor entzieht die Kirche die Lehrbefugnis und das betroffene Bundesland hat für die Kirche einen neuen theologischen Lehrstuhl einzurichten, da der bisherige Lehrstuhlinhaber als Staatsbeamter auf Lebenszeit unkündbar ist. Was mit ihm an der betreffenden Universität geschieht, ob er z. B. in der theologischen Fakultät ohne Lehrbefugnis verbleibt oder in eine andere Fakultät überwechselt, mag dahingestellt bleiben. Es bleibt jedenfalls der groteske Umstand, daß der Staat immer dann einen weiteren Theologielehrstuhl einzurichten hat, wenn der bisherige Amtsinhaber aufgrund seiner Arbeiten in einen nicht mehr überbrückbaren Gegensatz zur amtskirchlichen Lehrmeinung gerät. Der mögliche Einwand, angesichts einer staatlichen Subventionierung der Kirchen in Milliardenhöhe seien die hierdurch entstehenden Kosten vernachlässigbar, greift nicht. Einmal nämlich sind diese Kosten durchaus beträchtlich, zum anderen gibt es keinen Schutz dagegen, daß sich derartige Fälle häufen (hier ist an die Fälle der Theologen Horst Herrmann und Hans Küng zu erinnern). Alle diese Fälle zeigen exemplarisch, daß an deutschen Universitäten die verfassungsmäßig garantierte Freiheit von Forschung und Lehre, zumindest an den theologischen Fakultäten eine Farce ist. Speziell im Fall Ranke-Heinemann kann sich die katholische Kirche auf das Schlußprotokoll zum erst im Jahre 1984 unterzeichneten Vertrag zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und dem "Heiligen Stuhl" berufen, den der dortige SPD-Ministerpräsident Johannes Rau ("Bruder Johannes") unterzeichnet hat. Dort heißt es: "Die Vertragschließenden sind sich darüber einig, daß Katholische Theologie an staatlichen Hochschulen aufgrund des Einvernehmens zwischen Staat und Kirche gemäß den Bestimmungen der Verträge zwischen Staat und Kirche in Bindung an das Lehramt der Katholischen Kirche gelehrt wird. . . " Es gehört zu den betrüblichen Erfahrungen bundesdeutscher Politik, feststellen zu müssen, daß derartige Konkordate und Kirchenverträge, durch die immer wieder das Prinzip der Trennung von Staat und Kirche durchlöchert wird, gerade auch von SPD-geführten Landesregierungen ausgehandelt wurden.

Die Probleme mit den theologischen Fakultäten an deutschen Hochschulen, die der aktuelle Fall erneut aufwirft, existieren seit Bestehen der Bundesrepublik (1). Sie seien aus diesem Anlaß in Erinnerung gebracht:

- 1. Zunächst stellt sich die Frage, ob das Fach Theologie an staatlichen Hochschulen überhaupt eine Existenzberechtigung hat, da es sich hierbei offenkundig nicht um eine wissenschaftliche Disziplin, sondern um eine dogmatisch gebundene Vermittlung von Glaubensinhalten bestimmter Konfessionen handelt. Selbst wenn man bezweifelt, daß es einen anerkannten Wissenschaftsbegriff gibt, so gibt es dennoch gewisse Minimalforderungen, denen eine Wissenschaft zu genügen hat, etwa die folgenden:
- Kein Lehrinhalt kann ein für allemal festgelegt sein, sondern unterliegt immer der öffentlichen Diskussion und wird bei Vorliegen neuer Erkenntnisse korrigiert bzw. neu formuliert.
- Der gesamte Forschungs- und Erkenntnisprozeß unterliegt einem Legitimationszwang und muß sich dem durch Zweifel und Beweis charakterisierten rationalen Denken stellen.
- Forschung und Lehre sind autonom, sie unterliegen keiner Autorität und keinem Dogma.

Die Theologie wird keiner dieser Forderungen gerecht, ihre Lehrinhalte basieren prinzipiell auf irrationalen Aussagen.

2. Der Staat verletzt seine in der Verfassung geforderte weltanschauli-

che Neutralität, wenn er die Ausbildung von Geistlichen zu einer Aufgabe seiner Hochschulen macht, diese Vergünstigung aber nur bestimmten Konfessionen gewährt. Schon 1968 hat aus den hier angeführten Gründen Joachim Kahl zu Recht gefordert (2), die theologischen Fakultäten an staatlichen Hochschulen abzuschaffen und durch religionswissenschaftliche Abteilungen innerhalb der philosophischen Fakultäten zu ersetzen. Die Ausbildung von Geistlichen hingegen ist eine Angelegenheit der Religionsgesellschaften ohne jede, wie auch immer geartete, Mitwirkung des Staates.

3. Ein besonders extremer Fall sind die "Konkordatslehrstühle" im sog. "Freistaat" Bayern. Im Vertrag zwischen dem "Heiligen Stuhl" und diesem Bundesland verpflichtet sich Bayern insgesamt 21 Lehrstühle für das erziehungswissenschaftliche Studium in den Fachgebieten Philosophie, Gesellschaftswissenschaften und Pädagogik nur mit Professoren zu besetzen, gegen die "hinsichtlich ihres katholisch-kirchlichen Standpunktes keine Erinnerung zu erheben ist". Für die gegebenenfalls zu erhebende "Erinnerung" ist der zuständige katholische Diözesanbischof die maßgebende Instanz. Man kann diesen skandalösen Vertrag getrost als Ausverkauf der Lehrfreiheit an den entsprechenden Hochschulen bezeichnen.

Es zeigt sich also, daß der aktuelle Fall der Theologin Uta Ranke-Heinemann eine umfassendere Problematik erneut deutlich macht. Anläßlich dieses Falles schrieb der Theologe Hans Küng, es dürfe nicht angehen, daß der Staat "nur Zuschauer innerkirchlicher Säuberungsprozesse" sei. Seinen Appell zur Solidarität der Demokraten würde man noch lieber befolgen, gäbe es nicht genügend Anlaß zu der Gegenfrage, wie es denn um die Solidarität der Theologen mit der Demokratie steht. Oder, anders ausgedrückt: wie viele Theologen treten für eine Trennung von Staat und Kirche ein, für ein Prinzip also, bei dessen Einhaltung sie an religionswissenschaftlichen Fakultäten forschen und lehren könnten, ohne Pressionen einer Religionsgesellschaft ausgeliefert zu sein? Einer von ihnen ist für dieses Prinzip eingetreten und wurde dafür auch sofort mit dem Entzug der kirchlichen Lehrerlaubnis bestraft: der Professor für Kirchenrecht an der Fakultät für katholische Theologie der Universität Münster - Horst Herrmann, Sein 1974 erschienenes Buch "Ein unmoralisches Verhältnis" (3), womit er das Verältnis zwischen Staat und Kirchen in der Bundesrepublik charakterisiert, ist heute noch genauso aktuell wie am Tage seines Erscheinens, wie der Fall Uta Ranke-Heine-Edgar Baeger mann erneut beweist.

- (1) E. Fischer, "Trennung von Staat und Kirche", 3. Auflage, 1984
- (2) J. Kahl, "Das Elend des Christentums", 1968
- (3) H. Herrmann, "Ein unmoralisches Verhältnis", 1. Auflage, 1974

## Die Richter von Mutlangen

Der 12. 1. 1987 wird in die Rechtsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland eingehen. 20 Richterinnen und Richter haben etwa 2 Stunden lang bei 20 Grad Frost das US-Raketen-Depot in Mutlangen blokkiert und sich damit bewußt der Gefahr von Straf- und Disziplinarverfahren ausgesetzt. Es war für die Mehrzahl von ihnen ein schwerer Entschluß. Doch ihr Gewissen ließ ihnen keine andere Wahl.

Die – angemeldete – Demonstration verlief so friedlich, wie dies nur denkbar ist; und für denjenigen, der, wie ich, die Mehrzahl der Kolleginnen und Kollegen persönlich kennt, war dies auch nicht anders zu erwarten. Ein wenig erstaunlich ist, daß die Polizei zwei Stunden brauchte, bis sie vor Ort erschien. Hierzu muß man wissen, daß die Polizei bei der Blockade durch "Prominente" nicht eingreift, um das Aufsehen durch den folgenden Prozeß zu vermeiden. Rechtsanwalt Dr. Holtfort in Hannover – Mitglied der Humanistischen Union – hat bereits zweimal an einer Sitzblockade teilgenommen, ohne daß es ihm gelungen wäre, ein Strafverfahren gegen sich selbst in Gang zu bringen; auch eine Selbstanzeige blieb erfolglos. Dem Fritz-Bauer-Preisträger Prof. Erich Küchenhoff erging es ähnlich. Man wird deshalb verstehen müssen, daß die Entscheidung, ob einzugreifen sei, in den höheren Büros für Verwirrung sorgte.

Die Räumung der Blockadestelle verläuft in Mutlangen nach strengem Ritual mit Photo- und Filmaufnahmen sowie drei Lautsprecherdurchsagen. Zwischen den Blockierern, der Polizei und auch den Journalisten herrschte freundliches Einvernehmen. Man legte kurze Pausen ein, bis die durch den starken Frost unterkühlten Batterien der Photo- und Filmgeräte wieder aufgewärmt waren und lieh sich wechselseitig auch warme Batterien aus. Der zwangsweise Abtransport verlief so zivil, daß

ein körperbehinderter Richter sich auf dem Weg vom Polizeiwagen in das Polizeirevier in Schwäbisch-Gmünd verlaufen konnte und erst mit Verspätung im Polizeirevier eintraf; sein Fehlen war zunächst gar nicht bemerkt worden.

Die Aufbereitung durch die Justiz ist ein Trauerspiel. Niedersachsens Justizminister Walter Remmers trompetete seine "Empörung" in die Welt, sprach von Straßensperren, die die Richter errichtet hätten und ließ Worte hören, die nur als "Vorverurteilung" gewertet werden können, eine Vorverurteilung, die er zuvor bei der Graf-Lambsdorf-Gruppe lebhaft bedauert hatte. Noch am 4. 12. 1986 hatte er anläßlich von nationalistischen Tönen des Hildesheimer Richters Dr. Stoll im Landtag getönt: "Es entspricht ständiger Übung der Landesregierung, daß sie sich vor Abschluß eines laufenden Verfahrens jeglicher Wertung darüber enthält." Doch die unterschiedliche Wertung von links und rechts im Justizbereich hat schon Gumbel 1920 nachgewiesen; Remmers steht also in einer alten Tradition.

Die Strafverfahren gegen die Richterinnen und Richter vor dem Amtsgericht in Schwäbisch-Gmünd zeigen die Problematik der Strafverfolgung wegen Nötigung. Der Richter Krumhard hat in vier Fällen die Durchführung eines Strafverfahrens abgelehnt; es läge weder eine Straftat noch auch nur eine Ordnungswidrigkeit nach der Straßenverkehrsordnung vor. Gegen die übrigen Richter werden portionsweise Strafverfahren durchgeführt. Die erste Hauptverhandlung vor dem Richter Offenloch stand in Schwäbisch-Gmünd am 9. 7. 1987 gegen eine Richterin und zwei Richter an. Offenloch, früher oft wegen seiner Dialogbereitschaft gerühmt, wirkte gestreßt und nervös. Ihm unterliefen eine Reihe prozessualer Fehler, die man bei einem erfahrenen Strafrichter für ausgeschlossen hätte halten sollen. Sie sind nur damit zu erklären, daß seine seelische Kraft erschöpft ist. Man kann nicht Woche für Woche gegen das Gewissen unseres Volkes verhandeln, ohne selbst Schaden zu nehmen. Wir können darüber keine Genugtuung empfinden. Hier zerbricht ein Mensch an einer unmöglichen Aufgabe. Von niemandem erfährt der Kollege Offenloch Solidarität. Er ist von der Aufrüstungslobby als Werkzeug gebraucht und wird sich langsam dessen bewußt. Jetzt kämpft er gegen einen erfolgversprechenden Ablehnungsantrag wegen Befangenheit. Allerdings ist er nicht frei von eigener Schuld, hatte er doch z. B. vor der Verhandlung gegen die Richter Verhandlungen gegen zwei Kleinkriminelle angesetzt, um zu zeigen, wie er seine angeklagten Kollegen einschätzt. So jedenfalls muß ich diese Terminierung werten; der Leser möge sich, wenn er kann, einen anderen Reim daraus machen.

Nach der Blockade in Mutlangen haben am 13. 2. 1987 554 Richterinnen und Richter in einer Anzeige in der ZEIT - auch ich - den demonstrierenden Kolleginnen und Kollegen "ihren Respekt" bekundet. Wir wissen inzwischen, daß diese 554 Richterinnen und Richter nur die Spitze eines Eisbergs sind; viele andere Richterinnen und Richter denken ähnlich. Die konservative Justizverwaltung ist beunruhigt. Wen wundert es, daß die bayerische Justizverwaltung gegen die Richterinnen und Richter in ihrem Bereich, die die Anzeige unterschrieben haben, sofort Disziplinarverfahren eingeleitet hat. Unser Weltbild käme durcheinander, hätte sich die bayerische Justizverwaltung zur Meinungsfreiheit von Richtern bekannt. Jetzt - vier Monate nach der Anzeige – hat sich auch Niedersachsens Justizminister Remmers entschlossen, seine Präsidenten anzuweisen, gegen die Unterzeichner der Anzeige Disziplinarverfahren durchzuführen. Der Ministerialerlaß geriet so mangelhaft, daß die Präsidenten der Landgerichte in Hannover, Lüneburg und Oldenburg sie den betroffenen Richtern nicht vorlegen, sondern ihnen mit selbst formulierten Schreiben rechtliches Gehör gewähren.

So werden von den 554 Unterzeichnern nur die Kolleginnen und Kollegen in Bayern und Niedersachsen belangt; die übrigen bleiben ungeschoren. Ja: nicht einmal alle niedersächsischen Richter werden belangt; die aus der Arbeitsgerichtsbarkeit bleiben ungeschoren, weil sie nicht der Dienstaufsicht des Justizministers Remmers, sondern der des Sozialministers Schnippkoweit unterstehen. Der Landesregierung ist eine Koordinierung nicht gelungen. Auf Bundesebene liegen die Verhältnisse ähnlich delikat. Bundesjustizminister Engehard wollte gegen die Bundesrichter in seinem Geschäftsbereich auch Disziplinarverfahren durchführen, Bundesarbeitsminister Dr. Blüm hat sich jedoch geweigert, gegen zwei Richter des Bundessozialgerichts, die zu seinem Geschäftsbereich gehören, auch entsprechend vorzugehen. Engelhard hat die Notbremse gezogen; für Remmers ist es zu spät, auch nach der Notbremse zu greifen.

Die Verfahren eilen; sonst werden sie in einem Zeitpunkt durchgeführt, in dem die Raketen wegen der doppelten Nullösung bereits abgezogen sind. Nicht zuletzt haben die Proteste der Friedensbewegung die Bundesregierung veranlaßt, dem Abzug der Atomraketen zuzustimmen!

Ulrich Vultejus

# Der neue Bundesvorstand

#### Vorsitzender:

Ulrich Vultejus, Brandensteinstr. 36, 3000 Hannover 81, Tel. (05 11) 83 04 86

Richter und stellvertr. Leiter am Amtsgericht Hildesheim, stellvertr. Vorsitzender des Hauptrichterrates des Landes Niedersachsen, Lehraufträge an den Fachhochschulen Braunschweig-Wolfenbüttel und Hildesheim-Holzminden, Mitglied der Fachgruppe Richter und Staatsanwälte in der Gewerkschaft ÖTV.

Zahlreiche Veröffentlichungen, u. a. in der Zeitschrift "ÖTV in der Rechtspflege", Autor des Buches "Kampfanzug unter der Robe" (bunt-Buch-Verlag).



#### Vorstand:

Prof. Edgar Baeger, Hahnenbergstr. 24, 7080 Aalen, Tel. (0 73 61) 4 36 16

Dipl-Ing., Prof. für Elektronik an der FH Aalen, HU-Mitglied seit 1966; Arbeitsschwerpunkt Trennung von Staat und Kirche.

Gunda Diercks, Kohlmarkt 7/11, 2400 Lübeck, Tel. (04 51) 7 78 84,

Rechtsanwältin in Lübeck, Studentin der Sozialpädagogik und Kriminologie. Mitglied der HU seit 1977, Vorsitzende des Ortsverbandes Lübeck, Mitglied in einer Lübecker Friedensgruppe.

Elisabeth Kilali, Am Gonsenheimer Spieß 16, 6500 Mainz, Tel. (60 61 31) 38 43 35

Sonderschullehrerin, Mitglied der SPD, der GEW und in der IAF. Mitglied des Bundesvorstands der HU seit 1979, seit 1983 stellvertretende Bundesvorsitzende der HU.

Udo Kauß, Krefelder Str. 3, 1000 Berlin 21, Tel. (0 30) 3 91 84 40

Rechtsanwalt, Mitglied des Republikanischen Anwältinnen und Anwälteverein; Mitherausgeber der Zeitschrift "Bürgerrechte und Polizei", Mitglied des Landesvorstands Berlin; Arbeitsschwerpunkte: Datenschutz, Verteidigung der Rechte von Bürgern/Bürgerinnen gegenüber dem Staat und seinen Organen.

Annekatrein Mendel, Böhmerstr. 14, 6000 Frankfurt 1, Tel. (0 69) 5 97 27 60

Psychotherapeutin, Studentenberaterin und Hochschullehrerin in Frankfurt und Offenbach am Main. Seit 1970 Mitglied der HU, heute im Vorstand des OV Frankfurt.

**Dr. Till Müller-Heidelberg,** Mozartstr. 3, 6530 Bingen 1, Tel. (0 60 21) di 700224, pr 2929

Rechtsanwalt, Vater von vier Töchtern, Mitglied des OV-Vorstands Mainz/Wiesbaden; Arbeitsschwerpunkte: Sicherheitsbehörden, Bürger-/Freiheitsrechte, Frieden.

Jürgen Roth, Triererstr. 55, 53 Bonn-Poppelsdorf, Tel. Büro (02 28) 16 54 78

Politologe (MA), wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Fraktion DIE GRÜNEN im Deutschen Bundestag, langjähriger Vorsitzender des OV Marburg, Mitglied im Bundesvorstand der HU seit 1983.

# Jürgen Seifert

# Widerstand gegen die Politik der Ausgrenzung

In seiner Abschiedsrede hat Jürgen Seifert – außer dem üblichen Rechenschaftsbericht – einiges Grundsätzliche zu künftigen Aufgaben der HU gesagt, das es wert ist, von allen Mitgliedern bedacht und diskutiert zu werden.

# Die "Zweidrittelgesellschaft"

Der Begriff der "Zweidrittelgesellschaft" ist ein Versuch, die gegenwärtige soziale und ökonomische Situation zu erfassen. Der Begriff soll deutlich machen, daß es in der Bundesrepublik und in anderen Teilen der Welt individuellen Reichtum und gesellschaftlichen Wohlstand gibt, zugleich aber auch Armut und individuelle Not – und zwar in dem Verhältnis zwei zu eins. Zweidrittelgesellschaft besagt ferner: Gesellschaft und Staat sind nicht in der Lage, diesen Antagonismus aufzuheben; auch: diejenigen, die nicht in gleicher Weise am gesellschaftlichen Wohlstand teilhaben, sind nicht stark genug, politisch ihre Ausgrenzung zu verhindern und eine Veränderung durchzusetzen.

Der Begriff erfaßt einen wichtigen Tatbestand richtig. Aber er ist statisch. Der Begriff schreibt einen ökonomischen Ist-Zustand fest, der nach dieser oder jener Seite verändert werden kann. Es bleibt auch ausgeklammert, warum eine solche Situation entstanden ist. "Zweidrittelgesellschaft" suggeriert: so wie es ist, bleibt es und muß es bleiben. Deshalb ist es geboten, über den Begriff der "Zweidrittelgesellschaft" hinauszugehen. Das wird versucht durch das von Sozialdemokraten gebrauchte Schlagwort der "Ellbogengesellschaft". Es geht jedoch nicht nur um Ellbogen, sondern um eine groß angelegte konservative Politik der Haushaltssanierung und der gesellschaftlichen Umverteilung auf Kosten der Schwachen. Das geschieht durch Ausgrenzung. Deshalb ist "Ausgrenzung" in meinen Augen zur Zeit der zentrale politische und gesellschaftliche Begriff. Wir befinden uns in einem Prozeß ökonomischer, sozialer und politisch-juristischer Ausgrenzung, der das Individuum erfaßt in einer spezifischen Form der Ausgliederung, Vereinzelung, Abkapselung und Demoralisierung.

# Ausgrenzung ökonomisch und sozial

Zu diesem Prozeß der ökonomischen, sozialen und politischen Ausgrenzung kommt es aufgrund der ökonomischen Krise, die Millionen Menschen, die arbeiten wollen, aus dem Arbeitsprozeß ausgliedert. Zugleich sind - auch wegen der schärferen Konkurrenz auf dem Weltmarkt - die Finanzmittel knapper geworden, die nötig wären, um durch sozialstaatliche Maßnahmen die Diskrepanz zwischen arm und reich, zwischen Elend und Wohlstand zu mildern, besser: zu überdecken. In der Bundesrepublik hat man wieder lernen müssen, daß die Schwankungen der Konjunktur, daß ökonomische Krisen das Errungene im Handumdrehen zunichte machen können. In der Bundesrepublik hat man diesen verhängnisvollen Kreislauf jahrzehntelang zu leugnen versucht. Man hat sich glauben gemacht, es sei mittels staatlicher Interventionen eine ausschließlich am Profit orientierte Warenproduktion möglich, die Wohlstand gewährt, Wirtschaftskrisen ebenso in den Griff bekommt wie die "Qualität des Lebens", und die die Diskrepanz zwischen arm und reich, zwischen Elend und Überfluß einebnet, statt vergrößert. Heute wird deutlich, daß das Illusionen waren. Struktur- und Wirtschaftskrisen, die Gefahren der Großtechnologien und die Bedrohung unserer Lebenswelt lassen sich nicht wegbeten. Millionen Menschen haben erfahren (und müssen es noch heute erfahren), was es heißt, der "heilenden Kraft der Krise" und der Konkurrenz in einer Phase der Stagnation auf dem Weltmarkt ausgesetzt zu sein, d. h. in einer Gesellschaft leben zu müssen, in der es das nicht gibt, was der Bundeswirtschaftsminister in der Großen Koalition, Karl Schiller, 1966 noch als "soziale Symmetrie" bezeichnet hat. Die sogenannten "Selbstheilungskräfte der Wirtschaft", denen man heute wieder vertraut, haben "soziale Symmetrie" zu einem Wunschtraum gemacht. Die bürgerliche Gesellschaft ist - um mit Hegel zu sprechen - "bei dem Übermaß des Reichtums . . . nicht reich genug", um "dem Übermaß der Armut zu steuern". Mit anderen Worten: Ausgrenzung ist das Gesetz, das der Weltmarkt diktiert. Wer im Konkurrenzkampf nicht mithalten kann, fällt und wird ausgegrenzt.

#### Ausgrenzung auch psychologisch

Diese Ausgrenzung wiederholt sich im Psychologischen: diejenigen, denen es gut geht (und es geht vielen gut), kennen die Unerbittlichkeit des Marktes (oder könnten sie kennen); aber sie wollen sich nicht damit konfrontieren lassen. Sie verdrängen es. Das ihnen Bekannte wird (in seinen Konsequenzen) nicht erkannt, nicht durchdacht. Gesucht wird statt dessen - nach Lösungen, die den eigenen Status nicht berühren. Nicht nur das Problem wird weggeschoben, auch die Betroffenen werden ausgegliedert und ausgegrenzt. Diejenigen, die sich wehren könnten, werden in eine Situation gedrängt, die ihnen den Mut nehmen soll. Das gilt vor allem für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger, für die Alten und für die Jugendlichen, für Frauen, für Behinderte, Ausländer und Asylbewerber, Das gilt auch für Studierende. Sie alle sollen glauben, wenn Finanzmittel gekürzt und ihre Rechte beschnitten werden, sie seien selbst schuld, sie hätten versagt - nicht aber die Gesellschaft, die "Wirtschaft" oder das Ausbildungssystem. Wer arbeitslos wird oder keine Arbeit findet, soll das Gefühl haben, dafür verantwortlich zu sein. Wer krank wird, soll das Gefühl haben, das sei seine Schuld. Wer länger studiert - vielleicht weil er denkt -, soll das Gefühl haben, ein Versager zu sein, der dafür bezahlen muß. Zum Prozeß der ökonomischen, sozialen und politischen Ausgrenzung gehört der Versuch, die Betroffenen zu demoralisieren. Nicht selten werden sie diskreditiert, häufig sogar diffa-

## Garantierte Rechte werden genommen

Nicht registriert wird häufig die Tatsache, daß den Betroffenen in vielen Fällen sogar Rechte, in der Verfassung garantierte Rechte, genommen werden: Wer Sozialhilfe erhalten will, muß seine Vermögensverhältnisse offenlegen. Wer Arbeitslosenhilfe haben will, darf nicht mit jemand zusammenleben, der ihn unterstützen kann. Wer arbeitslos ist, soll arbeiten, was immer es sei (er soll das Recht verlieren, nur zumutbare Arbeit annehmen zu müssen). Es gibt in der Bundesrepublik keinen Rechtsanspruch zur Sicherung des Existenzminimums; Unterstützung wird nur "gewährt", und nur unter spezifischen Bedingungen. Mit anderen Worten: Abhängigkeit wird vergrößert durch Fürsorge. Das alles ist keine Verschwörung, kein Konzept, das sich irgend jemand ausgedacht hat. Doch alles das erfüllt die Funktion: diejenigen, denen es nicht gut geht, sollen im Schatten bleiben.

Aus Gründen der Sicherheit wird im Zusammenhang damit der Überwachungs- und Polizeiapparat ausgebaut. Zugleich wird versucht, die Gewerkschaften (als eine möglicherweise gefährliche Gegenkraft) zu schwächen und ihnen – ich erinnere an den § 116 Beschäftigungsförderungsgesetz – die Waffen aus der Hand zu schlagen.

#### Wie Gegenwehr beschaffen sein muß

Der Widerstand gegen den Prozeß der Ausgrenzung hängt wesentlich davon ab, ob Sparbeschlüsse und gesellschaftliche Umverteilungen zu Lasten der Schwachen den Status berühren, der (unabhängig davon, wer ihn durchgesetzt hat) als eine gesellschaftliche und politische Errungenschaft angesehen wird. Die sogenannten Besitzstände und einmal geschaffenen Strukturen sind wichtige Faktoren, die politisches Handeln beeinflussen. Menschen wehren sich gegen die Abschaffung solcher Errungenschaften, wenn sie sich daran gewöhnt haben.

Dauerhafter Widerstand gegen den Prozeß der Ausgrenzung muß – das ist meine These – über die bloße Besitzwehr hinausgehen. Solcher Widerstand setzt die Kenntnis der ökonomischen Rahmenbedingungen und der Möglichkeiten voraus, dieses Koordinatensystem zu verändern. Ebenso wichtig ist es, den Mechanismus der Ausgrenzung (d. h. das Ausgliedern, Vereinzeln, Abhängigmachen, Demoralisieren) zu erkennen. Nur wer die einzelne Maßnahme im Prozeß der Ausgrenzung durchschaut, ist in der Lage, sich dagegen zu wappnen. Wenn das nicht geschieht, passiert es leicht, daß die Reaktionen der Betroffenen nicht mehr sind als ein Strohfeuer, das am Tage danach Vereinzelung und Resignation um so stärker zum Zuge kommen läßt. Ohne Kenntnis vom Prozeß der Ausgrenzung stehen Gegenaktionen stets in der Gefahr, daß sich die Aktivisten des Widerstandes am Ende abkapseln und damit selbst in ein Getto einsperren.

# Solidarisierung aller Ausgegrenzten

Jede Politik der Ausgrenzung, der die zu dieser Politik gehörende Ausgliederung, Isolierung und Demoralisierung nicht gelingt, produziert als Reaktion eine Abgrenzung derjenigen, die ausgegrenzt werden. Die Betroffenen rücken enger zusammen, solidarisieren sich und gewinnen – gleichsam als "Abgrenzung gegenüber der Ausgrenzung" – eigene Identität. Diese spezifische Kraft führt nur dann nicht zu Strohfeueraktionen oder zur Selbstgettoisierung der Akteure, wenn es gelingt, den Widerstand in dem Bereich (in dem die Ausgrenzung gerade erfolgt) so zu gestalten, daß andere (aus anderen Bereichen) sich damit solidarisieren oder sich in dem spezifischen Protest in diesem Sektor der Gesellschaft wiederfinden können. Das ist deshalb so schwierig, weil zur typischen Reaktion gegenüber dem Prozeß der Ausgrenzung die "Anrufung des heiligen St. Florian" gehört, d. h. der verständliche Versuch, sich selbst zu retten und der Wunsch, das eigene Häuschen vom Feuer verschont zu halten.

Gegenwehr gegen das, was ich hier Ausgrenzung nenne, war jeweils dann erfolgreich, wenn es gelang, über den engen Bereich hinaus, in dem die Ausgrenzung erfolgt, wirksame Gegenwehr zu entfalten. So war der Widerstand der Gewerkschaften gegen § 116 Beschäftigungsförderungsgesetz nicht nur geprägt von unerwarteter Resonanz in den eigenen Reihen; entscheidend war, daß dieser Widerstand unterstützt wurde von Arbeitnehmern, die keine Gewerkschafter sind.

Niemand, der sich nicht selbst etwas in die Tasche lügt, kann übersehen, daß der bloße Tatbestand der Ausgrenzung Menschen nicht ohne weiteres zusammenbringt, die sonst nichts gemeinsam haben. Warum soll sich eine unterdrückte Frau mehr mit einem AIDS-Infizierten solidarisieren als ein human gesinnter und rechtsstaatlich orientierter Mann. Dennoch ist unbestreitbar, daß die Erfahrung selbsterlittener Ausgrenzung Menschen sensibler macht für die anderen angetane Ausgrenzung. Gerade deshalb kommt es darauf an, bei jeder Ausgrenzung deutlich zu machen, daß dies keine singuläre Maßnahme ist. Jeder, der von Ausgrenzung betroffen ist, ist verwundet. Er ist dadurch disponiert, die Benachteiligung, Diskriminierung und Demoralisierung derjenigen zu erkennen, die ausgegrenzt werden. Deshalb kommt es in jeder konkreten Situation der Ausgrenzung darauf an, über die eigene Betroffenheit das Prinzip "Ausgrenzung" als solches zu erkennen.

# Die neuen Fronten verlaufen nicht mehr längs der alten Parteilinien

Eine Bürgerrechtsorganisation wie die HU muß der Politik der moralischen, juristischen und gesellschaftlichen Ausgrenzung entgegentreten. Diejenigen, die sich gegen eine solche Ausgrenzung wenden, sind nicht nur bei denjenigen zu finden, die ein rot-grünes Bündnis unterstützen. In der gegenwärtigen Situation verlaufen die Auseinandersetzungen nicht entlang der Grenzlinie: hier CDU/FDP dort SPD/GRÜNE. Dazu einige Anmerkungen:

Gegenüber der Ausgrenzung beispielsweise von Frauen finden wir heute bis in die CDU hinein (ich nenne nur den Namen Rita Süssmuth) Unterstützung. Das gilt auch für die gegenwärtige Gegenposition in der Ausgrenzung von AIDS-Kranken.

Gegenüber der politisch-juristischen Ausgrenzung (dabei denke ich besonders an die Ausgrenzung von Demonstranten) gibt es eine fundierte Gegenposition bei der FDP. Die FDP hat wesentlich dazu beigetragen, daß die bisherigen Versuche gescheitert sind, Großdemonstrationen mit dem strafrechtlichen Instrument des Landfriedensbruches den Garaus zu machen.

Gegenüber den Versuchen, die Streikfähigkeit der Gewerkschaft zu treffen und Rentner weiter zu belasten, gibt es eine breite Opposition, die von den GRÜNEN bis hin zu rechten Sozialdemokraten und bis zum Arbeitnehmerflügel der CDU reicht.

Diese Beispiele zeigen, daß es eine Einengung ist, sich auf den Sektor "rot-grün" zu beschränken. Liberales und bürgerrechtliches Denken gibt es weit hinaus über die verdinglichte Grenze zwischen dem Block der Union und der FDP einerseits und den Sozialdemokraten und den Grünen andererseits.

## Neue Aufgaben für die Humanistische Union

Die politische Chance für eine Gegenbewegung gegen die Politik der Wende sehe ich darin, daß die gegenwärtig Regierenden übermütig werden und in der Politik der Ausgrenzung und Gettoisierung so weit gehen, daß sich die vorerst noch separat stehenden Ausgegrenzten zu einem gemeinsamen Kampf zusammenfinden.

Deshalb darf sich die HU in den kommenden Jahren nicht darauf beschränken, weiter gegenüber den sogenannten Sicherheitsgesetzen wachsam zu sein. Ich möchte nicht mißverstanden werden: das bleibt eine Aufgabe der HU. Ich habe in meinem vorgänge-Beitrag "Die Abrüstung der "Sicherheitsapparate" den Rahmen dargelegt, in dem das erfolgen sollte. Doch für noch wichtiger halte ich es, daß wir das aufgreifen, was Ute Gerhard und Dieter Sterzel in diesem Jubiläumsheft der "vorgänge" (Nr. 87) dargelegt haben:

Es geht (in Ute Gerhards Beitrag) darum, die Benachteiligung und Diskriminierung von Frauen aufzuheben, die dadurch entsteht, daß unser System der Altersversorgung an der bezahlten Arbeit ausgerichtet ist. Zugleich geht es darum zu prüfen, in welchem Umfang die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen aufgehoben werden kann.

Der Beitrag von Dieter Sterzel macht deutlich, in welchem Umfang die Geltung von Bürgerrechten für diejenigen außer Kraft gesetzt wird, die auf Hilfe angewiesen sind: Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Alte und Kranke. Es geht



- die für ihn zumutbar ist;
  um das Recht der Sozialhilfeempfänger, nicht in jedem Augenblick eine Kontrolle der privaten Lebens- und Finanzverhältnisse hinnehmen zu müssen;
- um die Rechte von Alten und sozial Schwachen gegenüber den Zwängen mehr oder weniger gut gemeinter Hilfe.

Viele Menschen können faktisch das nicht in Anspruch nehmen, was die Verfassung ihnen garantiert, und was – an Feiertagen – als Menschenrecht deklariert wird.

# Widerstand ist angezeigt

Wenn ich die Aufgabe der HU für die kommende Zeit zusammenfassen soll, dann kann ich das mit dem Satz tun: Widerstand gegen die Ausgrenzung.

Dieser Widerstand darf nicht nur rechtliche Regelungen im Auge haben, sondern muß auch die tatsächlichen Lebensverhältnisse der Menschen erfassen.

Wir sollten unsere Möglichkeiten nicht überschätzen. Oft werden wir nur Anstöße geben können. Doch ich bin sicher: Der Kampf gegen politisch-juristische und soziale Ausgrenzung bezieht seine Kraft aus der Vorstellung von einem besseren Leben und einer humaneren Welt, die alle Menschen in dieser oder jener Form in sich tragen. Das Humane ist kein ferner, unerreichbarer Stern. Das Humane ist das, was wir hier und jetzt dem Inhumanen entgegensetzen.

Bitte

# Mitgliedsbeiträge

überweisen.

Konten: Bank für Gemeinwirtschaft München 1700 678 600

Postgiro München 1042 00-807 Spenden stärken unsere Arbeit

Name und Adresse bitte deutliche schreiben!

# Wie weit dürfen sich die Kirchen in die Politik einschalten?

# Bericht über eine Rundfunksendung im Programm Hessen I am 20. 6. 87 (10.05–11.00 Uhr)

In dieser Sendung innerhalb der Sendereihe "Argumente" des Hessischen Rundfunks diskutierten der Erzbischof von Fulda, Dr. Dyba, für die katholische Kirche, der Präses der Evangelischen Kirche von Hessen und Nassau, Prof. Dr. Gärtner und für die Humanistische Union Prof. Baeger. Die Diskussionsleitung hatte Marlis von Rössing.

Wenn diese Sendung für die meisten Beteiligten unbefriedigend blieb, so lag das gewiß nicht an der Diskussionsleitung, die die Moderatorin sehr fair und souverän handhabte, sondern hatte mit der Konzeption der Sendung zu tun. Diese Sendung gehörte nämlich zu den Diskussionssendungen mit Hörerbeteiligung per Telefonanruf. Die Probleme dürften hinreichend bekannt sein: durch die ständig einlaufenden Anrufe ist es kaum möglich, eine Argumentationskette aufzubauen, nur bedingt möglich an die Ausführungen eines der anderen Diskussionsteilnehmer anzuknüpfen, sehr schwierig streng beim Thema zu bleiben. Die Qualität der Höreranrufe ist ein Punkt für sich; jeder, der solche Sendungen schon gehört hat, weiß wovon die Rede ist.

Die Sendung beginnt mit einer Erinnerung der Moderatorin an den sog. Kulturkampf" Bismarcks und wird weitergeführt zu der Frage an die Kirchenvertreter, wann die Kirchen glauben, im politischen Bereich ihre Stimme erheben zu müssen. Dyba: Nur dann, wenn "die natürliche sittliche Ordnung durch staatliche Instanzen verletzt wird" oder die elementaren Grundrechte des Menschen als "Kind Gottes" verletzt werden, wobei er als Beispiele für letzteres das Recht auf Leben oder das Recht auf Religionsfreiheit anführt. Tagespolitische Stellungnahmen hingegen sollen die Kirchen nicht abgeben. Hier gäbe es einen weiteren Bereich der Freiheit für einen Christen, den man nicht einengen sollte: ob Elektrizität etwa aus Kohle- oder Kernkraftwerken gewonnen wird, ob ein Wehrpflichtiger etwa Wehr- oder Zivildienst leisten wolle oder mit welchen Waffensystemen der Frieden gesichert wird. Gärtner sieht dieses etwas anders: viele Probleme, die die Menschen im täglichen Leben hätten, seien politischer Natur und hierzu wolle die Kirche das sagen, was sie "vom Evangelium her" zu sagen habe. Immer wenn Menschen betroffen seien und Ängste hätten sei die Kirche gefragt, gerade auch bei Fragen zur Kernenergie und Waffentechnik. Baeger hält dagegen, daß die Kirchen sich nicht etwa hin und wieder in die Politik einschalten, sondern vielmehr Politik machen. Er verweist darauf, daß etwa in der Finanzpolitik durch den Einzug der Kirchensteuer, in der Wirtschaftspolitik durch den Umstand, daß die Kirchen die zweitgrößte Arbeitgeber ist, in der Schulpolitik durch die vielfältigen Mitwirkungsrechte der Kirchen überall eine massive Einflußnahme der Kirchen festzustellen sei. Nicht zuletzt um dieser Privilegierung der christlichen Großkirchen in der Politik dieses Staates entgegenzuwirken, sei die Humanistische Union gegründet worden.

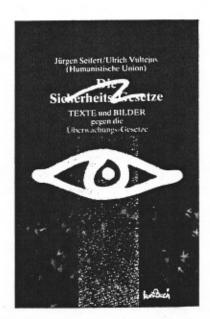
Auf die Frage einer Hörerin, die ein Eintreten der Kirchen für den Journalisten Franz Alt fordert und aus der kirchlichen Lehre die Verpflichtung zu einer Politik für die Armen ableitet, meint Gärtner, auch in Entgegnung auf die Ausführungen von Baeger, die Kirche könne immer nur Vorschläge machen, Bitten vortragen und Empfehlungen aussprechen, aber ein konkretes politisches Wirken sehe er nicht. Auf entsprechende Nachfrage der Moderatorin kann Baeger seine Ausführungen präzisieren, daß nämlich die Kirchen durch ihre finanzielle und institutionelle Verflechtung mit dem Staat unmittelbar an der Politik beteiligt sind und erweitert die Reihe der Beispiele noch durch Hinweis auf die Militärseelsorge und die Konfessionalisierung der Sozialdienste mit ihren gravierenden Folgen für nichtchristliche Bürger (bei regionalem Monopol der Kirchen auf diesem Gebiet Verzicht auf die Inanspruchnahme sozialer Einrichtungen; Quasiberufsverbot für Sozialberufe).

Durch die Vorhaltungen eines italienischen Hörers, die Religionen seien sehr oft Anlaß zu Völkerhaß und Krieg gewesen, fühlt sich Dyba überhaupt nicht angesprochen, denn seine Kirche halte sich weitestgehend aus der aktuellen Politik heraus. Als eine Hörerin eine unpolitische Kirche fordert und eine Wahlpredigt beklagt, findet sie bei Dyba volle Zustimmung. Dieses sei gewiß nicht im Sinne seiner Kirche, ein bedauerlicher Fehler (falls überhaupt vorgekommen). Und ein Hörer der gar behauptet, die Kirchen hätten in diesem Staat die Macht maßgebende Politiker zu einer Abkehr von der atomaren Hochrüstung zu bewegen (er nennt auf Nachfrage der Moderatorin den Bundeskanzler, der diesbe-

züglich zu missionieren sei), wird fast unisono von beiden Kirchenvertretern aufgeklärt: er täusche sich sehr, diese Macht hätten die Kirchen nicht. Ja, wären sie wirklich so mächtig, dann wäre es den Kirchenvertretern darob angst und bange.

So ist denn auch das Ergebnis der Intervention von Baeger fast vorauszusagen, der glaubt, den Kirchenvertretern vorhalten zu können, es gäbe ja schließlich so etwas wie christliche Parteien in diesem Staat, die die Geschicke dieser Republik doch wesentlich bestimmt hätten, deren Macht aber undenkbar sei ohne die Konditionierung breiter Wählermassen durch die christlichen Kirchen zugunsten eben dieser Parteien. Und da die Kirchen dieser Partei niemals das Markenzeichen christlich abgesprochen hätten, weder insgesamt noch für Teile der von ihnen vertretenen Politik, könne man doch sicher diese Parteien als "weltlichen Arm" der Kirchen in der Politik betrachten. Große Verwunderung bei den Kirchenvertretern. Gärtner: Gewiß, christliche Parteien gäbe es, aber von den Kirchen seien diese Parteien vollkommen unabhängig. Sie würden gegebenenfalls von den Kirchen genauso kritisiert wie alle anderen Parteien. Dyba fügt hinzu, daß doch die CSU in Sachen AIDS und der Asylantenfrage Kritik der Kirchen habe einstecken müssen.

Der sachkundige Leser vermißt bestimmt schon lange das Stichwort vom "ungeborenen Leben" und tatsächlich das Thema kommt zur Sprache. Zwei Hörerinnen lassen es sich angelegen sein, eine davon sogar recht kirchenkritisch. Sie spricht Dyba die Fähigkeit ab, die Probleme der betroffenen Frauen zu verstehen und verweist auf die hohe Zahl mißhandelter und mißbrauchter Kinder. Dybas Antwort: Natürlich verurteile die katholische Kirche dieses auf das Schärfste, aber immer dann, wenn sie sich auf dem Gebiet der Sexualmoral zu Wort melde, sei sie geradezu wütenden Angriffen ausgesetzt. Außerdem folge aus diesen



Seifert/Vultejus im Auftrag der Humanistischen Union: "Texte und Bilder gegen die Überwachungsgesetze", Buntbuch Verlag Hamburg, 64 S. DM 12,80 im Buchhandel. Vorzugspreis für HU-Mitglieder DM 10,– (bei Vorauskasse portofrei); bei: Humanistische Union, Bräuhausstr. 2, 8000 München 2.

bedauerlichen Zuständen keineswegs eine Befürwortung von Schwangerschaftsunterbrechungen. Gärtner weist darauf hin, daß selbstverständlich auch seine Kirche für den Schutz des ungeborenen Lebens eintrete und jeder Interessierte die dazu ergangenen Synodalbeschlüsse erhalten könne.

Der Vertreter der Humanistischen Union wird von einer Hörerin scharf attackiert. Sie fordert von ihm mehr Toleranz, mit dem Hinweis, konfessionelle Kindergärten würden alle Kinder aufnehmen, ja selbst Kinder islamischen Glaubens, und überdies spare die Kirche dem Staat immense Kosten durch ihr soziales Engagement, Die Antwort von Baeger, sie möge sich im Geiste in einen islamischen Staat versetzen, der ausschließlich islamische Kindergärten unterhalte wobei ihr dann gesagt werde, selbstverständlich könne sie ihr (vermutlich katholisch zu erziehendes) Kind diesem Kindergarten anvertrauen, mit Gebetsübungen gen Mekka und Koranlesungen, wird bei dieser Hörerin allerdings kaum einen Denkprozeß in Gang gesetzt haben; genausowenig wie der Hinweis auf den minimalen Beitrag der Kirchen zu den Kindergartenkosten, der zwischen 17 % und 0 % liegt. Zumal Dyba hier eifrig dagegen hält und meint, gegen "die Mär" von den Riesensubventionen des Staates angehen zu müssen, vermutlich in der zutreffenden Annahme, daß doch kaum ein Hörer die Zahlen aus den Haushaltsplänen kennt. Seine Argumente: die Kirche habe in früheren Jahrhunderten Sozialeinrichtungen wie Schulen und Krankenhäuser geschaffen, lange bevor der Staat diese Aufgaben übernahm (war Staat und Kirche damals zu trennen?: war Schule für die Kirche nicht stets der Brutkasten für einen kirchlich indoktrinierten Nachwuchs?), in den Entwicklungsländern seien heute noch die kirchlichen Sozialdienste die einzigen (dienen sie nicht der Mission?), die Kostenexplosion im Gesundheitswesen sei auf den Rückzug der Ordensfrauen zurückzuführen (Therapie vermutlich also Rekonfessionalisierung) und ein katholisches Gymnasium in Hessen habe beispielsweise gerade für 3,5 Mio. DM eine Turnhalle gebaut, an der der Staat "nur" 0,5 Mio. getragen habe (vermutlich soll der Staat neben seinem Schulsystem auch noch ein konkurrierendes, konfessionelles finanzieren!). Im übrigen seien die Forderungen von Baeger nicht Forderungen an die Kirche, sondern Forderungen an den Staat.

Da hat er nun wirklich recht und da die Sendezeit ohnehin fast abgelaufen ist, bleibt Baeger gerade noch Gelegenheit eben dieses zu bekräftigen und darauf hinzuweisen, daß der Staat sich nicht der Fürsorgepflicht für jene 16 % der Bevölkerung, die den christlichen Großkirchen nicht angehören, durch den Verweis auf konfessionelle Sozialeinrichtungen entziehen dürfe, zumal diese Frage durch die ständige Zunahme der Kirchenaustritte immer drängender werde.

Gärtner spricht das Schlußwort und sieht Staat und Kirche als eine nicht trennbare Einheit. Auf drängende Nachfrage der Moderatorin räumt er aber ein, beispielsweise nichts gegen staatlich geführte Kindergärten zu haben. Welch ein beachtliches Zugeständnis! Übrigens: diese Darstellung ist selbstverständlich subjektiv!

Edgar Baeger

nis. Anderes habe für den ausgefüllten Fragebogen zu gelten, weil diesem ein schützenswerter Gebrauchswert innewohne. Ein öffentlicher Aufruf zum Beschädigen bzw. Vernichten eines ausgefüllten Bogens sei daher strafbar.

Durch das Abschneiden der Codenummer am leeren Fragebogen werde die Brauchbarkeit des Fragebogens nicht beeinträchtigt, da der Zweck darin liege, ausgefüllt zu werden. Dieser werde durch den Entschluß des jeweiligen Bürgers, ihn nicht auszufüllen, vereitelt, nicht durch das Herausschneiden der Nummer.

Der Aufruf dazu sei im übrigen überflüssig und nutzlos, da das Statistische Landesamt trotzdem feststellen könne, wer seinen Bogen nicht ausgefüllt habe und eventuell boykottiere.

Das Gericht stellt ohne weitere Prüfung der Anwendbarkeit des im Volkszählungsbogen nicht erwähnten Bundesstatistikgesetzes 1987 fest, das Nichtausfüllen des Fragebogens stelle eine Ordnungswidrigkeit nach diesem Gesetz dar. Die Beschlagnahme sei jedoch auch unter dem Gesichtspunkt nicht berechtigt, daß der Aufruf zum Boykott der Volkszählung objektiv den Tatbestand der öffentlichen Aufforderung zu einer Ordnungswidrigkeit erfülle.

Insoweit sei die Beschlagnahme unverhältnismäßig. Vom Eingriffsrecht der Beschlagnahme dürfe im Bußgeldverfahren nur dann Gebrauch gemacht werden, wenn sie zur Bedeutung der Tat in einem angemessenen Verhältnis stehe. Das sei jedenfalls dann nicht der Fall, wenn die Beweisgegenstände freiwillig herausgegeben worden wären, was hier sowar. Die Beschlagnahme durfte daher nicht erfolgen. Das Gericht lehnte es allerdings ab, im Nachhinein die Durchsuchung der Räume als rechtswidrig zu bezeichnen.

Bevor der Beschluß des Landgerichts Lübeck erging, hatte eine weitere spektakuläre Durchsuchungs- und Beschlagnahmeaktion der Polizei im Büro der Grünen stattgefunden. Nach Bekanntwerden des Beschlusses wurden alle Unterlagen reumütig zurückgebracht.

Die Diskriminierung und öffentliche Verunglimpfung der Fraktion der Grünen ist ein irreparabler Schaden. Gunda Diercks

# Keine Sachbeschädigung am leeren Volkszählungsbogen

# Zu einem Gerichtsurteil des Landgerichts Lübeck

Am Samstag, den 9. Mai 1987 durchsuchte die Polizei stundenlang das Büro der Grünen in Lübeck. Nach umständlicher Sichtung wurden letztendlich große Mengen Materialien, darunter Flugblätter zum Volkszählungsboykott beschlagnahmt, die vorher am Büchertisch in der Fußgängerzone vor dem Büro für jeden erreichbar frei ausgelegen hatten. Die Durchsuchung war vom Amtsgericht Lübeck angeordnet worden. Die Beschlagnahme wurde wenig später als richtig bestätigt mit der Begründung, in den Materialien werde zu einer Straftat, nämlich einer Sachbeschädigung der Fragebögen durch Herausschneiden der Codenummer aufgerufen.

Diese im Rahmen der Volkszählungshysterie von vielen Gerichten vertretene Rechtsauffassung wurde auf die Beschwerde der Betroffenen vom Landgericht Lübeck revidiert und die Beschlagnahme mit der Begründung aufgehoben, ein Aufruf zu einer Straftat liege nicht vor.

Zur Begründung führte das Landgericht aus, der in den Flugblättern und Broschüren enthaltene Aufruf, den Fragebogen durch Abschneiden der Nummer zu anonymisieren, beinhalte lediglich eine öffentliche Aufforderung zu einer Ordnungswidrigkeit, was die Beschlagnahme nicht rechtfertige.

Die Fragebögen stellten zwar auch nach Aushändigung an die Bürger noch Eigentum des Statistischen Landesamtes dar, da sie nur zwecks Ausfüllung zur Verfügung gestellt würden, gleichwohl liege im Abschneiden der Nummer keine Sachbeschädigung. Der einzelne leere Fragebogen habe einen Pfennigbeträge nicht übersteigenden Substanzwert, an dessen Erhaltung das Statistische Landesamt kein Interesse haben könne. Insoweit entfalle ein strafrechtliches Schutzbedürf-

# Freigang ist nicht Freiheit

# Von einem Gespräch über offenen Vollzug

Ort der Veranstaltung war der Speisesaal im Gustav-Radbruch-Haus in Preungesheim, dem größten Freigängerhaus in Hessen. "Ist Freigang schlimmer als geschlossener Vollzug"? – zu diesem Thema hatte die HUFrankfurt eingeladen. Der Feststellung zu Anfang der Diskussion – Freigang ist mit der härteste Vollzug überhaupt – widersprach keiner der Gefangenen, die mit einigen Besuchern von draußen das Publikum stellte. Die Betroffenen, die sich zu Wort meldeten, sehnten sich zwar nicht in eine geschlossene Haftanstalt zurück, doch die Wechselbäder, denen ein Freigänger ausgesetzt ist, sind unerträglich.

Tagsüber, bei der Arbeit, wird selbständiges Handeln geradezu erwartet, ebenso bei der Aufgabe, in der knastfreien Zeit den Forderungen und Schwierigkeiten der Familie gerecht zu werden, soweit das überhaupt möglich ist.

Am Feierabend trifft der Wieder-Gefangene dann aber auf Reglements, die den Mann oder die Frau "wieder zum Kinde machen". Und diese Einschränkungen treffen um so härter, je näher man am normalen Leben dran ist. Ein großer Teil der Vorschriften sind völlig unverständlich: Weshalb der Zwang, Anstaltsschuhe zu tragen, wenn die Temperatur nach Badeschlappen ist? Weshalb Oberhemden tragen, wenn man auf der Wiese ein Sonnenbad nehmen will? Eine weitere Beschwerde wurde bei den Beiträgen der Bewohner immer wieder vorgebracht: "Die Vollzugsbeamten behandeln uns nicht als Menschen."

Die Beiträge der Betroffenen machten deutlich, daß die Praxis des offenen Strafvollzugs mit dem Freigang als Spitzenreiter immer noch seinem Ideal hinterherhinkt. Ihrer Ansicht nach liegt dies allerdings nicht im System selbst, sondern daran, was daraus gemacht wird. Dazu einer der Bewohner: "Würden die eingeräumten Ermessensvorschriften ausgeschöpft, wär's eine prima Sache – da könnten wir was mit anfangen."

Auszüge aus FR 5. 6. 87

# AIDS-Maßnahmekatalog der Bayerischen Staatsregierung

Verschiedene Organisationen haben zu einer Massenpetition aufgerufen, die den Bayr. Landtag auffordert, den Maßnahmenkatalog aufzuheben und statt dessen "sozialverträgliche" Maßnahmen zur Bekämpfung von AIDS und zur Pflege von AIDS-Kranken einzuführen, z. B. eine umfassende Aufklärungskampagne, auch an Schulen; Unterstützung aller Selbsthilfegruppen; Antidiskriminierungsgesetz; ausreichende Finanzierung der AIDS-Forschung; Fortbildung der Ärzte und des Pflegepersonals u. v. m.

Begründet wird diese Massenpetition u. a. damit, daß

- der Maßnahmenkatalog sich in erster Linie nicht gegen die Krankheit selbst, sondern gegen Infizierte und Kranke richtet, denen eine "Schuld" zuweist und sie als "Seuchenherd" diffamiert,
- die Anwendung des Seuchengesetzes bei AIDS nicht sinnvoll ist, weil AIDS nicht therapiefähig ist, jeder sich individuell schützen kann und AIDS durch normale soziale Kontakte nicht übertragbar ist,
- die polizeilliche und gesundheitsbehördliche Überwachung eine Diskriminierung ganzer Bevölkerungsgruppen darstellt,
- der Maßnahmenkatalog insgesamt geeignet ist, Bespitzelung und Denunziation in großem Umfang zu erzeugen. Er wirkt einem vertrauensvollem Umgang der Menschen untereinander und zwischen Bevölarung und Behörden entgegen.

Der OV München unterstützt die Petition und fordert die HU-Mitglieder in Bayern auf, sich anzuschließen. Der Text der Petition mit einer Unterschriftenliste kann bei der HU-Geschäftsstelle oder direkt bei der AIDS-Hilfe, Müllerstr. 44, 8000 München 5, Tel. 0 89/ 26 43 61 angefordert werden.

# Bücher, die Sie interessieren könnten

Ossip K. Flechtheim Ist die Zukunft noch zu retten Hoffmann und Campe, 240 S., DM 34,-

Herkunft und Zukunft des Menschen sind die zentralen Themen in Ossip K. Flechtheims jahrzehntelanger Forschung. Für die kritische Beschäftigung mit der Zukunft hat er schon 1943 den Begriff Futurologie geprägt. Diese umfaßt die Philosophie, Politik und Pädagogik der Zukunft wie auch die Prognostik und Planung. Ausgangspunkt ist der Mensch als ein widerspruchsvolles Wesen, das eine dynamische Weltkultur geschaffen hat. Seit 1914 befindet sie sich in einer sich verschärgnden Krise. Unter deren Eindruck analysiert der Verfasser die möglinen, wahrscheinlichen und wünschenswerten Zukünfte des Menschen und seiner Gesellschaft.

Sieben Herausforderungen sind zu meistern: Rüstungswettlauf und Krieg; Bevölkerungsexplosion und Hunger in der Dritten Welt; Umweltzerstörung; marktwirtschaftliches Chaos und etatistische Überplanung; Demokratiedefizit, Repression und Terror; Kulkturkrise; Krise der Familie; Identitätsverlust des Individuums.

Je nachdem, wie die Menschheit auf die Krise reagieren wird, ergeben sich drei Zukunftsmodelle. Sie reichen vom Ende der Menschheit über die Herausbildung einer Robotergesellschaft bis zum Aufbau einer humanistisch-solidarischen Weltföderation. Zu dieser dritten wünschenswerten Zukunft führt der Dritte Weg des Ökosozialismus zwischen reformistischen Opportunismus und etatistischem Dogmatismus. Ob auf diesem Dritten Weg die Dritte Zukunft erreicht wird, hängt nicht zuletzt vom Wissen und Wollen jedes einzelnen ab.

Karl Retzlaw Spartacus Aufstieg und Niedergang – Erinnerungen eines Partelarbeiters Verlag Neue Kritik, 446 S., DM 34,–

Karl Retzlaw als Jungarbeiter während des ersten Weltkrieges in den Spartakusbund gekommen, hat die Novemberrevolution aktiv in Berlin mitgemacht und war in der Münchner Räterepublik Mitglied der Räteregierung unter Eugen Leviné als Ko-Polizeipräsident und Volkskommissar für Inneres.

Retzlaw: "Ich schrieb meine Erinnerungen als aktiver Zeitgenosse im

Rahmen des Zeitgeschehens. Ich schrieb nur über Ereignisse, die ich miterlebte und über Personen, mit denen ich direkt oder indirekt zu tun hatte . . . Ich berichte über den Zusammenbruch des Kaiserreiches im November 1918, den Beginn der Genossenmorde der sozialdemokratischen Bewegung; Leo Jogiches und zahlreicher anderer. Über die Münchner Räterepublik, den Lüttwitz-Kapp-Putsch, das dramatische Jahr 1923; über linke entscheidende Personen dieser Zeit: Paul Levi, Ernst Reuter-Friesland, Eugen Leviné, Pieck, Brandler, Thälmann, Ulbricht, Radek, Lenin, Trotzki und andere. Über meine Reisen nach Moskau." Das Manuskript des Buches war ehemals von Verlag zu Verlag gewandert, bis es der Verlag Neue Kritik riskierte, diesen wichtigen Geschichtsbeitrag zu verlegen. 1985 ist es nun in der 5. Auflage wiedererschienen; dies ist dem Verlag zu danken.

Bestellung über die HU möglich durch Überweisung von DM 34, mit Kennwort "Retzlaw-Buch" auf eines der HU-Konten: BfG München Nr. 1700 678 600 (BLZ 700 101 11) oder PGA München Nr. 1042 00-807 (BLZ 700 100 80).

Karl Heinz Deschner Kriminalgeschichte des Christentums Rowohlt Verlag, 533 S., DM 48,–

Der Schriftsteller Karl Heinz Deschner, ein bekannter Kirchenkritiker, hat mit dem Untertitel: "Die Frühzeit" den ersten Band seiner "Kriminalgeschichte des Christentums" vorgelegt. Bereits im Vorwort bekennt er sich zur Einseitigkeit. Zum Lob des Christentums seien bereits Millionen Schriften erschienen. Wer das Buch zur Hand nimmt, wird also nicht den Versuch einer objektiven Darstellung erwarten dürfen.

Trotzdem liest sich das Buch spannend, erfährt man doch viele Dinge, die uns die offiziöse Geschichtsschreibung – ebenso, wenn auch im entgegengesetzten Sinne tendenziös – vorenthält.

Jedem, der sich für die Geschichte des Christentums interessiert, sei das Buch deshalb als notwendige Ergänzung empfohlen. Nur derjenige, der die hier mitgeteilten Tatsachen kennt, wird zu einem eigenen abgewogenen Urteil in der Lage sein.

Das Buch liest sich freilich schwer. Der Autor kennt die Geschichte des Christentums offensichtlich in allen Verästelungen und setzt mehr Kenntnisse der Kirchengeschichte voraus, als sie heute bei der Mehrzahl der Leser zu erwarten sind. Ich kenne kaum ein Geschichtsbuch, in dem aus dem Zettelkasten – das Lebenswerk Deschners – so viele Einzelheiten mitgeteilt werden. Ich vermisse jedoch an vielen Stellen eine Ordnung und geistige Verarbeitung dieser Einzelheiten. So liest sich das Buch streckenweise für den weniger vorgebildeten Leser eher ermüdend; es wird ihm schwerfallen, einen Überblick zu gewinnen.

Trotzdem halte ich das Buch für denjenigen für unentbehrlich, der die heutige – vornehmlich die katholische Kirche – verstehen und ermessen will, welcher Umbruch die Bewegung der "Kirche von unten" für die Tradition der Kirche bedeutet, nicht nur in Europa, sondern auch in den Ländern der Dritten Welt.

Viele Einzelheiten sollten zum Allgemeinwissen gehören, insbesondere das, was über Paulus – ursprünglich einem der ersten konvertierten Staatsschutzbeamten der Geschichte – und Augustinus geschrieben worden ist. Manche Einzelheiten sind dagegen eher von anekdotischem Interesse, etwa die Tatsache, daß Albrecht Dürer die "Kebsweiber" des Mainzer Kardinals Albrecht II (1514–1545) Käthe Stolzenfels und Ernestine Mehandel als Töchter Loths, Lukas Cranach die Ernestine als "Hl. Ursula", Grünewald die Käthe als "Hl. Katharina in der mystischen Ehe" verewigt haben.

Ingo Müller Furchtbare Juristen. Die unbewältigte Vergangenheit unserer Justiz. Kindler Verlag, 320 S., DM 24,–

Der Autor, Ingo Müller, Jurist und Historiker, liefert Fakten, Belege und Analysen; er schildert die NS-Justiz und ihren Freispruch, den Um- und Aufstieg von Beamten des Reichsjustizministeriums in das Bundesjustizministerium, von NS-Richtern in ordentliche Gerichte, von NS-Anklägern in die Staatsanwaltschaften des neuen Staates. Ein aufregendes Buch, eine beschämende Lektüre; aber die es angeht, wird es nicht erreichen, oder nicht beeindrucken!

# Leibeigenschaft

#### Kurzbeitrag zur Diskussion um AIDS und Datenschutz

Ende Juni 1987 begleitete ich eine vor AIDS-Angst beinahe irr gewordene junge Frau zur AIDS-Teststelle in die Frankfurter Universitätskliniken. Diese Dienststelle schützt aufs Vornehmste die Menschen, die sich einer freiwilligen AIDS-Kontrolle unterziehen: außerhalb des zentralen Klinikums gelegen, in einem kleinen, nicht als Labor erkennbaren Haus, unter Bäumen. Man geht eine kleine Treppe hoch – kleine Hinweisschilder, unauffällig, nicht stigmatisierend. Junge, freundliche, locker sprechende Frauen geben Anmeldebögen aus: Anonymisierung der Besucher ist gewährleistet. Die Paginiernummer auf dem kleinen Pappkärtchen wiederholt sich auf dem Fragebogen, der einige Daten zur Lebens- und Lustpraxis des Besuchers abfragt. Sitzgelegenheiten – lokker am Gang, bunte Plakate an den Wänden, Südseeferien am Meer. Kleines Insert: Safer Sex ist besser.

Die Wartenden sind bemüht, ihre Todesangst niederzuhalten. Einige lachen flach, quasseln. Andere sitzen unauffällig in sich versunken, still. Ein Ausländer allein zeigt seine Unruhe, läuft mehrfach aufs Klo, ist nicht Imstande, den Statistikbogen auszufüllen. Seine Frau tut dies für ihn. Er fragt nach dem Inhalt mancher Begriffe auf dem Bogen.

Ich sitze neben meiner Bekannten, aufmerksam. Da ich noch nicht selbst betroffen bin, nutze ich die Wartezeit, um mit meinem Dritten Ohr zu hören, mit meinem Dritten analytischen Auge das Szenarium zu betrachten. Sonderliche Gruppierungen fallen mir auf: Frauenpaare, Männerpaare, Dreiergruppen; Beziehungskisten, würden lässige Studenten hierzu sagen.

Eine Beziehungskiste zwischen einem älteren und einem jungen Mann. Der ältere, ein ca. 50jähriger Herr, Marke kleiner Buchhalter, mit goldener Halbbrille, Lederjacke, gepflegten Fingernägeln, geputzten Schuhen (durchaus in dieser Atmosphäre als auffälliges äußeres Merkmal zu konstatieren). Der Junge: ein ca. 15jähriger Junge, ein wunderschöner: dunkellockig, weichgesichtig, zarthäutig, großäugig. Ein Botticelli-Gesicht.

Der "Buchhalter" instruiert seinen Geliebten: "Sag denen da drin im Untersuchungszimmer, daß Du mich beauftragst, Dein Urteil für Dich hier abzuholen!". Urteil.

Als der Buchhalter, per Nummern-Nennung zum Test aufgerufen, hinter der Labortür verschwindet, gehe ich zu dem Jungen und mache ihm deutlich, daß ich verstehe, wenn er seine körperliche Lust an den Buchhalter verschenke. Daß ich es aber nicht begreife, daß er sich nicht dagegen wehre, seine persönliche Zukunft an den Freund zu verkaufen. Ich empfehle ihm, das Test-Ergebnis selbst abzuholen, sein Informationsrecht nicht abzugeben an den Freund. Er solle seine Registriernummer selbst behalten, auswendig lernen, falls ihm das Kärtchen irgendwann entzogen würde. Der Junge versteht mich. Warum berichte ich hier dieses kleine Inszenarium, diese Begebenheit?

ad 1) Angenommen, der AIDS-Test beider homosexuell miteinander verbundenen M\u00e4nner ist negativ, kann der "Buchhalter" durch ge\u00fcbte Daten-Mutation den Jungen lebenslang an sich ketten. Denn er kann ihm "berichten", er sei leider AIDS-Tr\u00e4ger, m\u00fcsse sich darum an seiner Seite auf das elende Sterben einrichten, ohne andere, m\u00fcglicherweise lebendigere, humanere, hilfreich menschliche Beziehungen je wieder eingehen zu k\u00f6nnen.

ad 2) Angenommen, der Test beider fällt positiv aus, – auch darüber kann der Buchhalter als Datenbesitzer der ansonsten anonymisierten Testergebnisse den Jungen manipulieren. Indem er den Jungen auf die Schicksalsgemeinschaft einschwört. Ihn von der Teilhabe an Selbsthilfe für Betroffene z. B. abhält.

ad 3) Eine weit gefährlichere Folge wäre, daß der Junge bei jedem Zahnarztbesuch, bei jeder noch so läppischen medizinischen Hilfsaktion unwissentlich seine eigenen Helfer in akute Ansteckungsgefahr bringt. Daß er also schuldlos schuldig wird.

Diese kleine Skizze, Ergebnis einer kurzen Beobachtungssequenz vor einem AIDS-Test-Labor soll die aktuelle HU-Diskussion um einige Varianten bereichern: unsere menschlichen Lebensrechte sind infolge des Auftretens dieser verheerenden Krankheit in Gefahren geraten, deren Ablaufkurven sich exponentiell steigern. Eine neue Moral, fernab früherer propagierter und gelebter Moralen muß entwickelt und gelebt werden. Denn der Umkehrschluß meiner Überlegungen ist ebenso zu bedenken, dessen Folgen wirken ebenso verheerend wie die Datenspielereien. Junge Ärzte, "locker" ausgebildet, die – warum auch immer

Mediziner ihre Geburtshilfen zu kritisieren begannen. Semmelweis entdeckte, daß der Geburtshelfer die Mütter wegen mangelhafter Hygienemaßnahmen mit Wochenbettfieber selbst infizierte. Die Infektionsträger waren die Geburtshelfer. Semmelweis fand die Infektionserreger und bannte diese Gefahr. Zu Zeit aber ist weltweit kein Semmelweis zu entdecken. Darum müssen wir – Ärzte wie Patienten – selbst kreativ mit

der Gefahrenquelle umgehen. Nicht indoktrinativ.

Annekatrein Mendel

# Liberale Rechtspolitik oder Protestbewegung?

Sehr geehrter Herr Professor Seifert,

in den Mitteilungen Nr. 118 der "Humanistischen Union" weisen Sie den Vorwurf des früheren Beiratsmitgliedes Peter Conradi zurück, die Humanistische Union habe zum "Boykott" der Volkszählung aufgerufen. Auch Frau Killinger hat mir auf meinen Brief vom 1. April erklärt, die Humanistische Union habe "nie zu einem Boykott aufgerufen".

Das mag formal zutreffend sein. Was soll ich aber als Mitglied der Humanistischen Union davon halten, wenn in den Mitteilungen Nr. 118 stolz darauf hingewiesen wird, daß bereits 700 000 Exemplare der "Bürgerinformation zur Volkszählung am 25. Mai 1987" verteilt seien – eine Broschüre, in der im Namen der Humanistischen Union trickreiche Ratschläge gegeben werden, wie man einen "weichen Boykott" durchführen kann, ohne aufzufallen?

Ist Ihre Sorge, sehr geehrter Herr Professor Seifert, um die "ungeheure Verschwendung öffentlicher Gelder" durch die Volkszählung noch glaubwürdig, wenn die Humanistische Union gleichzeitig massenhaft Ratschläge für einen weichen Boykott verteilt?

Das sicherste Mittel, daß die Steuergelder wirklich verschwendet werden, sind aber unzuverlässige Ergebnisse durch einen massenhaften "weichen Boykott" – und dafür erteilt die Humanistische Union in ihrer Broschüre ja gerade praktische Ratschläge.

Ich bin Mitglied der Humanistischen Union geworden, weil ich Ihr Engagement für eine liberale Rechtspolitik und Ihr Eintreten für die Probleme von Minderheiten unterstützen wollte. Dies setzt aber voraus, daß der Vorstand selbst rechtsstaatlichen Grundsätzen treu bleibt. Dazu paßt nicht die massenhafte Verbreitung von Tricks, wie man ohne Schaden ungestraft dem Staat ein Schnippchen schlagen kann. Dies sollte die Humanistische Union Winkeladvokaten überlassen.

Ich fürchte auch, daß durch einen solchen politischen Aktionismus die Glaubwürdigkeit der Humanistischen Union auch dort Schaden nimmt, wo sie sich wirklich zu Recht engagiert.

Ich kann mir nicht denken, daß ich das einzige Mitglied bin, das an der Verbreitung der "Bürgerinformation zur Volkszählung" durch die Humanistische Union Anstoß nimmt und dies für unvereinbar mit den satzungsgemäßen Zielen der Humanistischen Union hält.

Ich fordere daher den Vorstand auf, über den in Nr. 118 der "Mitteilungen" begonnenen Gedankenaustausch hinaus, der sich bisher nur auf den Austausch von Meinungen und Vorurteilen über Fragen der Statistik beschränkte, in den "Mitteilungen" auch eine selbstkritische Diskussion über das Verhalten der Humanistischen Union gegenüber der Volkszählung zuzulassen.

Letztlich geht es um die Frage, ob die Humanistische Union bei ihrem Bemühen um Schutz des Bürgers gegen staatliche Übergriffe und bei ihrem Eintreten für Ausländer und andere Minderheiten in der BRD auch für sich selbst rechtsstaatliche Grundsätze anerkennt oder sich als Teil einer Protestbewegung versteht, der jede Form des politischen Aktionismus gerade recht ist.

Wolf-Arno Kropat

# Diskussionsredakteur Norbert Reichling wiedergewählt

Die Delegiertenkonferenz hat Norbert Reichling zum dritten Mal als Diskussionsredakteur bestätigt.

Norbert Reichling, Sozialwissenschaftler, arbeitet seit 1979 als Bildungsreferent beim Bildungswerk der HU in Nordrhein-Westfalen. Interessen: Strafvollzug, Polizei, Verfassungsschutz, Datenschutz, neue Technologien, u. a.

Laut Satzung ist der Diskussionsredakteur "verantwortlich für die Gestaltung eines allen Meinungen offenstehenden vereinsinternen Diskussionsorgans. Er hat darauf hinzuwirken, daß die vereinsinterne Diskussion vor der gesamten Vereinsöffentlichkeit stattfindet. ( . . . )"

Die Vereinsöffentlichkeit wird von den "Mitteilungen" hergestellt. Wenn Sie mitdiskutieren wollen, richten Sie bitte Ihre Zuschriften, Anregungen und Beiträge direkt an: Norbert Reichling, Klosterstr. 92, 4270 Dorsten 1.

# <u>vorgänge</u>

Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik

Heft 88, Juli 1987

# AIDS

## Rolf Rosenbrock:

Gesundheitspolitik und AIDS

Sophinette Becker / Ulrich Clement:

AIDS-Prävention und sexuelle Realität

#### Götz Alv:

Krankheitsverdächtige und

Bazillenausscheider

# Gerd Schwandner:

Der Süssmuth-Effekt

#### Interview:

Das Szenario des Ministers

#### HYDRA:

Otto, AIDS und die Nutte

# Monika Goletzka:

Die verlorene Zärtlichkeit?

# Martin Dannecker:

Sexuelle Liberalisierung und AIDS

### Volkmar Sigusch:

AIDS aus der Sicht des Sexualforschers

#### Frank Rühmann:

Krankheit und Freiheit

u. v. a. m.

128 S. \* ISBN 3-925763-84-8 \* DM 12.-

Verlag »vorgänge e. V.« Bräuhausstraße 2, 8000 München 2

# Beschlüsse der DK 1987

#### 1. §218

a) Die HU setzt sich für eine Streichung strafrechtlicher Sanktionen gegen den Abbruch von Schwangerschaften ein (§ 218 ff).

b) Die HU wendet sich dagegen, den betroffenen Frauen eine Zwangsberatung auf Austragung der Schwangerschaft in einer für sie ohnehin äußerst belastenden Situation aufzunötigen. Die HU-Mitglieder werden aufgefordert, die Tätigkeit von "Pro Familia" und ähnlicher Organisationen zu unterstützen.

c) Die DK fordert den Bundesvorstand auf, in geeigneter Weise gegen den Antrag der CDU-Fraktion im Baden-Württembergischen Landtag aktiv zu werden, in dem es u. a. heißt:

"... Das Selbstbestimmungsrecht der Frau tritt hinter den Lebensanspruch des ungeborenen Kindes zurück."

# 2. AIDS und Menschenrechte

Der Bundesvorstand wird beauftragt, innerhalb der HU eine Diskussion anzuregen, die sich mit den bereits absehbaren und möglichen Folgen für die Grund- und Menschenrechte in Zusammenhang mit der Infizierung bzw. Erkrankung an AIDS befaßt.

Insbesondere soll geprüft werden, ob und gegebenenfalls mit welchen gesetzlichen Mitteln einer drohenden gesellschaftlichen Diskriminierung von HIV-Infizierten bzw. schon erkrankten Personen gegengesteuert werden kann (z. B. Anti-Diskriminierungsgesetz).

Es wird angeregt, eine Stellungnahme zum Umgang mit AIDS-infizierten bzw. AIDS-erkrankten Häftlingen in den Justizvollzugsanstalten zu erarbeiten.

#### 3. Strafvollzug

Der Bundesvorstand wird aufgefordert, sich erneut mit dem Thema Strafvollzug zu befassen und ein neues Memorandum zu Strafrecht und Strafvollzug in Auftrag zu geben, das neue Anstöße geben soll zur Entkriminalisierung und das Strafrecht und Strafvollzug (nicht allein im Haftbereich) jenseits der Vorstellungen von Schuld und Sühne anzusiedeln versucht. Dieses Memorandum sollte an die Diskussion um die Abschaffung der Gefängnisse anknüpfen.

#### 4. Kirche und Arbeitsrecht

Die HU soll das Thema Kirche und Arbeitsrecht zu einem vordringlichen Thema ihrer Arbeit machen und Initiativen zur Zusammenarbeit mit der ÖTV ergreifen, um diesen Bereich aus seinem Schattendasein zu holen.

# Auseinandersetzung mit der Politik des Vatikans auf dem Gebiet der Familienplanung und Geburtenkontrolle

Der Bundesvorstand wird beauftragt, die Auseinandersetzung mit der antiaufklärerischen Politik der römisch-katholischen Amtskirche und evangelikaler Kreise auf dem Gebiet der Familienplanung und Geburtenkontrolle zu einem Schwerpunkt der HU-Arbeit in den nächsten zwei Jahren zu machen.

Dabei sind Gemeinschaftsveranstaltungen mit entwicklungs- oder sozialpolitischen Institutionen (z. B. Friedrich-Ebert-Stiftung; Naumann-Stiftung; Pro Familia) ebenso in Betracht zu ziehen, wie ein spezielles Vorgänge-Heft oder eine Aktion zum nächsten Katholikentag.

## 6. Fortentwicklung des Grundrechtsteils des Grundgesetzes

Der Bundesvorstand der HU wird beauftragt, einen Arbeitskreis einzurichten, der Vorschläge zur Fortentwicklung des Grundrechtsteils des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland erarbeitet.

#### 7. Fördermitglieder

Der Bundesvorstand soll in geeigneter Form und an geeigneter Stelle darauf hinweisen: "Personen, die die HU unterstützen wollen, ohne Mitglied zu werden, können den Förderstatus erwerben, indem sie mindestens den jährlichen Mitgliedsbeitrag zahlen."

# 8. Beitragserhöhung

Die Delegiertenkonferenz beschließt, daß der Bundesvorstand den Mitgliedern eine freiwillige Erhöhung ihres Jahresbeitrages nahegelegt und die Notwendigkeit dazu gut begründet.

# 9. Ausgrenzung der GRÜNEN

Die Ausgrenzung der Fraktion der GRÜNEN aus den Kontrollkommissionen des Geheimdienstes soll aufgehoben werden. Die Humanistische Union möge hinsichtlich dieses Sachverhaltes bei den Fraktionen des Bundestags intervenieren.

# 10. Gestaffelte Mitgliedsbeiträge

Der Vorstand wird beauftragt, bis zur nächsten Delegiertenkonferenz ein Beitragsschema zu prüfen, das eine an das Einkommen gekoppelte Beitragsstellung vorsieht.

# Zur Weiterbearbeitung wurden an den Vorstand Anträge überwiesen zu den Themen:

- Wider das Gerede von den "aussterbenden Deutschen"
- Recht auf Arbeit
- Zur Wahlordnung
- Einrichtung einer Kommission zu § 218, die die rechtlichen Regelungen in anderen europäischen Ländern prüfen soll.

#### Berlin

Die Berliner Geschäftsstelle ist umgezogen, die neue Anschrift lautet: Kurfürstendamm 96, 1000 Berlin 31.

Zwei Veranstaltungen zur Volkszählung wurden durchgeführt, jeweils mit recht guter Beteiligung. Bis Mitte Juni nahm vor allem die Volkszählungsberatung breiten Raum ein.

Der Landesverband protestierte im Mai mit Presserklärungen gegen die Durchsuchung des Volkszählungsboykott-Informationsbüros im Mehringhof und gegen die Beschlagnahme der Post auch an die HU, im Juni dann gegen die Polizeimaßnahmen im Zusammenhang mit dem Reagan-Besuch.

Am 2. Juni erinnerte der Landesverband mit einer Gedenkanzeige an den Tod von Benno Ohnesorg durch Polizeischuß vor 20 Jahren vor der Deutschen Oper und beteiligte sich an der Kundgebung dort.

Ende Juni gab es einen ersten jour fixe zum Thema "Frauen und politische Gewalt"; außerdem setzte sich der Landesverband weiter gegen die Abschiebung von Flüchtlingen ein.

Im Oktober ist anläßlich des 25jährigen Bestehens des Landesverbandes eine Veranstaltung zu den Grundrechtseinschränkungen in Berlin im Jahr der 750-Jahr-Feier geplant ("25 Jahre HU – 750 Jahre Berlin") sowie ein jour fixe zum Thema Gentechnologie. Geplant ist außerdem eine Dokumentation der Todesfälle in Untersuchungshaft.

#### Bremen

Im Juni fand eine Veranstaltung statt zum Thema "Furchtbare Juristen, die unbewältigte Vergangenheit unserer Justiz". So auch der Titel eines Buches von Ingo Müller, der bei dieser Veranstaltung die Kontinuität im Rechtsdenken analysierte und mit Fakten über die Identität der Personen - vom Justizapparat der Nazis bis zur Nachkriegsjustiz - belegte.

#### Frankfurt

Traditionelles Sommerfest mit Weinprobe am Sonntag, den 23. August ab 15 Uhr 30 im deutsch-okzitanischen Verein VINOC, Neu Isenburg, Beethoven Str. 72.

Bitte merken Sie sich folgende Termine und Themen für den Herbst vor:

- 2. 9.: evtl. "Driftet der Rechtsstaat nach rechts"
- 7. 10.: "Psychische Probleme von Ausländern"
- 4. 11.: "Mutter-Kind-Heime"
- 2. 12.: Mitgliederabend zum Thema: "Muß der § 218 abgeschafft werden?"

## Marburg

Zum neuen Vorsitzenden des Ortsverbandes Marburg der Humanistischen Union wurde auf der Jahreshauptversammlung am 5. Juni der Journalist Franz-Josef Hanke gewählt: Stellvertreter wurde der Jurist Lothar Weber. Hanke löst den Politologen Jürgen Roth ab, der fünf Jahre lang den Vorsitz des Ortsverbandes inne hatte und seit 1983 auch Mitglied des Bundesvorstands der Humanistischen Union ist. Jürgen Roth hatte den Vorsitz in Marburg niedergelegt, da er aus beruflichen Gründen Marburg verläßt.

Als Arbeitsschwerpunkt für das nächste Jahr hat sich der Ortsverband das Thema "Gentechnologie und AIDS - drohende Gefahren für die Gesellschaft" vorgenommen. Zu diesem Thema soll im Herbst eine Veranstaltungsreihe anlaufen. Außerdem soll ein Arbeitskreis zur Gentechnologie gegründet werden.

Interessenten können sich mit Franz-Josef Hanke in Verbindung setzen unter 0 64 21/6 29 20.

Der OV München unterstützt eine Massenpetition verschiedener Organisationen, die den Bayerischen Landtag auffordert, den AIDS-Maßnahmen-Katalog aufzuheben (sh. S. 25).

Angeregt durch das vorgänge-Heft "Zukünfte denken" plant der OV z. Zt. eine Vortragsreihe zu diesem Thema für den Spätherbst 87 in München. Angesichts fataler Fehlentwicklungen und zunehmender konservativer Verkrustungserscheinungen in unserer Gesellschaft soll öffentlich über alternative Zukunftsplanungen nachgedacht werden, wobei wir uns zunächst auf die Bereiche Sozial- und Rechtspolitik konzentrieren wollen. Als Themen dieser Reihe stellen wir uns vor:

- Auswege aus der Bedrohung der Freiheitsrechte durch "Innere Sicherheit", Großtechnologie und AIDS-Maßnahmen-Katalog;
- Neugestaltung unserer gesellschaftlichen und politischen Grundpo-
- Neugestaltung des Strafvollzugs;
- Neue Wege zum Umgang mit Konflikten.

Einladungen gehen den Mitgliedern rechtzeitig zu.

#### Nordrhein-Westfalen

Am 18. November 1987 Tagung "1977-1987: Politische Kultur und Staatsgewalt seit dem deutschen Herbst 1977" (Arbeitstitel). Genaues Programm und weitere Informationen zur Tagung erhalten Sie ab September beim Landesverband NRW c/o Bildungswerk der HU, Kronprinzenstr. 15, 4300 Essen 1.

#### Bildungswerk der HU NRW

Die Mitgliederversammlung des Bildungswerks wählte am 24.6.1987 folgenden neuen Vorstand: 1. Vorsitzender Hans Werner Leukel, 2. Vorsitzender Karl Cervik; Beisitzer wurden: Prof. Dr. Dieter Runze, Dr. Dodo Wierling, Maria Baumeister, Barbara Hornung.

Aus dem Programm des Bildungswerks: "Internationalisierung der Ökonomie und Probleme der Gewerkschaftspolitik"; Wochenendseminar hauptsächlich für Gewerkschafter, Betriebsräte und Vertrauensleute, 16.-18. Oktober 1987 in Haus Villigst bei Schwerte;

Referent: Prof. Dr. Elmar Altvater.

Teilnehmerbeitrag DM 50,-; Anmeldung direkt beim Bildungswerk (unbedingt nötig!) Kronprinzenstraße 15, 4300 Essen 1, Tel. 02 01/22 79 82.

# AIDS und Menschenrechte

Die Delegiertenkonferenz hat den Bundesvorstand beauftragt, innerhalb der HU eine Diskussion anzuregen, die sich mit den bereits absehbaren und noch möglichen Folgen für die Grund- und Menschenrechte im Zusammenhang mit der Infizierung bzw. Erkrankung an AIDS befaßt.

In einem zu bildenden Arbeitskreis könnten Punkte behandelt werden, wie etwa diese:

- Für und Wider eines Gesetzes gegen die Diskriminierung von HIV-infizierten/kranken Personen
- was ist von der Arbeit der AIDS-Hilfen zu halten, was von den Programmen in Bund und Ländern
- wie sehen die Erfahrungen in anderen Ländern aus, z. B. in USA, in Schweden, in Österreich
- Probleme von Hilfs-infizierten Frauen und Kindern
- Zustände in Haftanstalten; Zwangstestungen, Isolierung von Infizierten
- Speicherung von Daten in Polizeicomputern
- Veränderung des sexuellen Verhaltens
- Folgerungen für die Sexualerziehung

Wer Interesse hat und mitarbeiten möchte, melde sich bitte schriftlich in der Geschäftsstelle.

Verlag: Humanistische Union e.V., Bräuhausstraße 2, 8000 München 2, Telefon (0 89) 22 64 41/42

Erscheinungsweise: 1 × vierteljährlich

Für diese Mitteilung ist Helga Killinger verantwortlich, für den Diskussionsteil Norbert Reichling, Klosterstraße 92, 4271 Dorsten 1

Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag der Humanistischen Union enthalten Konten: Bank für Gemeinwirtschaft München 1700678600 (BLZ 700 101 11); Postgiro München 104200-807 (BLZ 700 100 80)

Redaktionsschluß der nächsten Mitteilungen: 19. 10. 1987

